

Baumann, Helge; Seikel, Daniel

Research Report

Wer wählt "Bündnis Sahra Wagenknecht"? Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung

WSI Report, No. 94

Provided in Cooperation with:

The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Baumann, Helge; Seikel, Daniel (2024) : Wer wählt "Bündnis Sahra Wagenknecht"? Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung, WSI Report, No. 94, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/299270>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

REPORT

Nr. 94, Juni 2024

Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

WER WÄHLT „BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT“?

**Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft
aus der WSI-Erwerbspersonenbefragung**

Helge Emmeler, Daniel Seikel

Der vorliegende Report analysiert anhand der sechsten und zwölften Erhebungswelle des WSI-Erwerbspersonenpanels die BSW-Wahlneigung vor dem Hintergrund der bevorstehenden Europawahl.

Zunächst wird untersucht, ob dem politischen Angebot des BSW eine politische Nachfrage unter den Wahlberechtigten gegenübersteht und welche Parteien die BSW-Sympathisant*innen bei der Bundestagswahl 2021 gewählt haben. Neben diesen potenziellen Wähler*innenwanderungen werden die BSW-Sympathisant*innen sowohl hinsichtlich ihrer soziodemografischen wie -ökonomischen und psychosozialen Merkmale als auch hinsichtlich ihrer Belastungen, Sorgen und ihres Institutionenvertrauens vorgestellt. Schließlich wird untersucht, wie sich diese Gruppe hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen im bestehenden Parteienspektrum verortet und wie sich ihre Merkmale im Vergleich zu SPD- und AfD-Wähler*innen verhalten.

Es zeigt sich, dass das BSW eine bisher vakante Position im deutschen Parteiensystem besetzen könnte und besonders unter bisherigen Wähler*innen der LINKEN und der AfD beliebt ist. Dadurch könnte das BSW für Personen mit links-konservativen Präferenzen interessant werden, die bisher mangels eines passenden Angebots andere Parteien gewählt haben.

Ostdeutsche geben öfter als Westdeutsche an, eine Wahl des BSW in Betracht zu ziehen. Wir beobachten ferner eine starke Affinität zum BSW bei Arbeiter*innen. Vor allem aber sind es ökonomisch schwächere Personen, die sich dem BSW zuwenden könnten. Dabei handelt es sich um Befragte, die die wirtschaftliche Unsicherheit belastet und besorgt in die Zukunft schauen lässt und die – möglicherweise auch als Folge ihrer Sorgen und Belastungen – Institutionen misstrauisch beäugen.

INHALT

1	Einleitung	3
2	Das WSI-Erwerbspersonenpanel	4
3	Politisches Profil des BSW, politisches Angebot und politische Nachfrage	6
4	BSW-Wahlabsichtsbekundung in der WSI-Erwerbspersonenbefragung	10
5	BSW-Sympathisant*innen im Profil	12
5.1	Soziodemografische Merkmale	12
5.2	Sozioökonomische Merkmale	12
5.3	Psychosoziale Merkmale	14
5.4	Vertrauen in Institutionen	14
5.5	Vergleich zwischen BSW- und AfD-Sympathisant*innen	14
6	Merkmale von BSW-Sympathisant*innen nach Herkunftspartei	16
6.1	Politische Einstellungen	17
6.2	Sozialstrukturelle Merkmale	18
6.3	Im Fokus: Das Umfragehoch der AfD – Das BSW als Alternative zur AfD für neue AfD-Anhänger*innen?	24
7	Fazit	26

AUTOREN



PD Dr. Daniel Seikel

Referat: Europäische Politik
daniel-seikel@boeckler.de



Dr. Helge Emmeler

Referat: WSI-Datenzentrum
helge-emmeler@boeckler.de

1 EINLEITUNG¹

Am 23. Oktober 2023 erklärte Sahra Wagenknecht, aus der Partei Die LINKE auszutreten und eine neue Partei zu gründen – das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (im Folgenden: BSW). Das BSW wird bereits zur anstehenden Europawahl am 9. Juni 2024 antreten. Eine Teilnahme an den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2024 wird ebenfalls angestrebt. Laut aktuellen Umfragen dürfte das BSW nicht nur in das Europäische Parlament einziehen, sondern hat auch gute Aussichten, die Fünf-Prozent-Hürde bei den anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland zu überwinden.²

Aus politikwissenschaftlicher Sicht lässt sich das Profil des BSW als links-konservativ charakterisieren: Das Parteiprogramm enthält sowohl ökonomisch linke Forderungen (z.B. höhere Renten und Mindestlöhne) als auch Positionen, die in der Politikwissenschaft häufig als kulturell konservativ charakterisiert werden (z.B. Begrenzung der Zuwanderung, Kritik an der Europäischen Union) (mehr hierzu in Abschnitt 3).

Wer beabsichtigt, das Bündnis Sahra Wagenknecht zu wählen? In welcher Hinsicht weisen potenzielle BSW-Wähler*innen auffällige Merkmale auf? In diesem Report gehen wir diesen Fragen nach. Dazu werten wir Daten aus der neuesten Erhebungswelle der WSI-Erwerbspersonenbefragung aus, die uns eine erste Analyse des Wählerpotenzials der neu gegründeten Partei erlauben. Wir untersuchen dabei politische Einstellungen sowie soziodemografische, sozioökonomische und psychosoziale Merkmale sowie das Vertrauen in Institutionen von BSW-Sympathisant*innen.

Unsere Analyse zeigt, dass das BSW besonders unter bisherigen Wähler*innen der LINKEN und der AfD beliebt ist. Die zahlenmäßig größte Grup-

pe unter BSW-Sympathisant*innen³ sind jedoch vorherige SPD-Wähler*innen. Wir stellen fest, dass Befragte mit niedrigen Einkommen, ohne finanzielle Rücklagen, mit hohen Sorgen und Belastungen und einem niedrigen Vertrauen in Institutionen eine im Vergleich besonders hohe BSW-Wahlneigung aufweisen. Wir beobachten ferner eine starke Affinität zum BSW bei Arbeiter*innen. Zudem geben Ostdeutsche öfter als Westdeutsche an, eine Wahl des BSW in Betracht zu ziehen.

Damit weisen BSW-Sympathisant*innen ähnliche sozialstrukturelle Merkmale auf wie Anhänger*innen der AfD (vgl. Hövermann 2023), jedoch gibt es auch markante Abweichungen; im Unterschied zur AfD gibt es bezogen auf Alter und Geschlecht keine deutlichen Unterschiede bei der BSW-Wahlbereitschaft. Überdies ist auffällig, dass Befragte mit Migrationshintergrund überproportional häufig zu einer Wahl des BSW tendieren. Ferner sind BSW-Sympathisant*innen hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen im Schnitt ökonomisch linker und kulturell liberaler eingestellt als Wähler*innen der AfD.

Aufschlussreich ist zudem ein Binnenvergleich zwischen BSW-Sympathisant*innen und -Nicht-Sympathisant*innen jeweils unter SPD- und AfD-Wähler*innen. Finanziell schwächere, stärker belastete und über ihre Zukunft besorgte SPD-Wähler*innen – mithin der klassische Adressatenkreis sozialdemokratischer Parteien – neigen dem BSW häufiger zu als wirtschaftlich besser gestellte Befragte, die der SPD nahestehen. Darüber hinaus bekunden vor allem diejenigen SPD-Wähler*innen eine BSW-Wahlabsicht, die mit einem geringeren Institutionenvertrauen auffallen, insbesondere bezogen auf öffentlich-rechtliche Medien und die Bundesregierung. Der Binnenvergleich im AfD-Lager legt nahe, dass hier unter den AfD-Wähler*innen insbesondere Frauen zum BSW wechseln könnten. Zudem finden wir Hinweise darauf, dass eher diejenigen AfD-Wähler*innen zum BSW tendieren, die ein nicht ganz so niedriges Institutionenvertrauen aufweisen, sich also noch nicht von allen Institutionen abgewandt haben. Befragte, die sich erst nach der Bundestagswahl der AfD zugewandt haben, weisen eine nochmal höhere BSW-Wahlneigung auf. Dies gilt in besonderem Maße für neue AfD-

1 Wir bedanken uns bei Daniela Groß, Jutta Höhne und Alexandra Moschüring für die redaktionelle Bearbeitung des Reports. Ein besonderer Dank gilt Andreas Hövermann für äußerst hilfreiche inhaltliche Anmerkungen und Hinweise.

2 Siehe ARD-DeutschlandTrend vom 02.05.2024 (<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3422.html>; letzter Zugriff: 03.05.2024); ZDF-Politbarometer vom 26.04.2024 (<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-spionage-euwahl-regierung-100.html>; letzter Zugriff: 03.05.2024); rbb-BrandenburgTrend vom 10.04.2024 (<https://www.rbb24.de/politik/wahl/Landtagswahl/2024/brandenburgtrend-sonntagsfrage-bsw-afd-dietmar-woidke-umfrage.html>; letzter Zugriff: 03.05.2024); mdr-Sachsentrend vom 25.01.2024 (<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/politik/landtagswahl/sachsentrend-umfrage-infratest-dimap-102.html>; letzter Zugriff: 03.05.2024); mdr-Thüringentrend vom 20.03.2024 (<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/wahlumfrage-landtagswahl-bsw-afd-hoeckel-ramelow-100.html>; letzter Zugriff: 03.05.2024).

3 Im Folgenden ist immer dann von Sympathisant*innen und Anhänger*innen einer Partei die Rede, wenn Befragte auf die Sonntagsfrage angegeben haben, dass sie diejenige Partei wählen würden, „wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre“. Im Falle des BSW wird die Bezeichnung dann verwendet, wenn die Befragten angegeben haben, dass sie sich „auf jeden Fall“ oder „wahrscheinlich“ dazu entscheiden würden, das BSW zu wählen, wenn diese Partei bereits jetzt zur Wahl stünde. Hingegen wird die Bezeichnung „Wähler*innen“ verwendet, wenn sich die Aussage auf die tatsächliche Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 bezieht.

Anhänger*innen aus Ostdeutschland. Das BSW könnte somit für einen substanziellen Teil der AfD-Wähler*innen in Ostdeutschland als Alternative zur AfD in Betracht zu kommen.

Dieser Report ist wie folgt aufgebaut: Zunächst informieren wir über die WSI-Erwerbspersonenbefragung (Abschnitt 2). In Abschnitt 3 nehmen wir eine Einschätzung der Positionierung des BSW im Parteisppektrum vor und prüfen, ob dem politischen Angebot des BSW auch eine Nachfrage auf Seiten der Wähler*innen gegenübersteht. Anschließend beleuchten wir das Wähler*innenpotenzial des BSW näher (Abschnitt 4).

In Abschnitt 5 arbeiten wir augenfällige Merkmale der BSW-Sympathisant*innen heraus (Abschnitte 5.1 bis 5.4) und vergleichen Sie mit AfD-Sympathisant*innen (Abschnitt 5.5). In Abschnitt 6 vergleichen wir Personen mit und ohne BSW-Neigung nach Herkunftsparteien und betrachten dort schließlich gesondert diejenigen Personen, die der AfD neu zuneigen, d.h. sie bei der Bundestagswahl 2021 nicht gewählt haben, aber sich inzwischen vorstellen könnten, dies zu tun. Zum Schluss fassen wir die Untersuchungsergebnisse kurz zusammen (Abschnitt 7).

2 DAS WSI-ERWERBSPERSONENPANEL

Das WSI-Erwerbspersonenpanel startete zu Beginn der Corona-Pandemie mit dem ersten „Lock-down“ im April 2020. Es wird vom Befragungsinstitut Verian (früher Kantar Public) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung online durchgeführt. Die Ausgangsstichprobe der 7.677 Erwerbspersonen aus Welle 1 wurde zu zehn Zeitpunkten erneut kontaktiert: im Juni 2020, im November 2020, Ende Januar/Anfang Februar 2021, Ende Juni/Anfang Juli 2021 sowie für die hier betrachtete Nachwahlerhebung Ende September/Anfang Oktober 2021, Januar 2022, Mai 2022, November 2022, Juli 2023 und schließlich November/Dezember 2023. In der fünften Welle wurde eine „Aufstockungsstichprobe“ unter Selbstständigen gezogen, um diese bis dahin unterrepräsentierte Gruppe von Erwerbspersonen besser zu erfassen. Sie sind seitdem Teil der Stichprobe, wenngleich sie in der sechsten Welle nicht befragt wurden (Emmler 2023).

Als Grundgesamtheit sind die deutschsprachigen Erwerbspersonen in Deutschland ab 16 Jahren definiert,⁴ die über einen Online-Zugang verfügen. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies für 85 bis 90 Prozent der Personen in dieser Zielgruppe zutrifft (Sartorius/Scholz 2021, S. 5). Die Stichprobe wurde aus dem Online-Access-Panel der Payback GmbH gezogen, welches auf ca. 31 Mio. aktiven Payback-Kunden basiert. Es umfasst rund 160.000 aktive „Panelisten“ (Stand Herbst 2023), welche aktiv und offline rekrutiert werden.⁵

Nur die eingeladenen Zielpersonen können an der Studie teilnehmen – d.h. es besteht keine Möglichkeit der Selbstanmeldung bzw. -rekrutierung – und eine Mehrfachteilnahme wird ausgeschlossen (Sartorius/Scholz 2021).

Für die Stichprobe der ersten Welle wurde das zuvor beschriebene Access-Panel zunächst nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Bundesland stratifiziert. Aus diesen Schichtungszellen wurde jeweils eine Zufallsstichprobe gezogen und es wurden entsprechend Teilnehmer*innen eingeladen, bis die entsprechende Sollvorgabe erfüllt war. Ab der zweiten Welle wird stets eine Vollerhebung der in der ersten Welle realisierten Teilnehmer*innen angestrebt. Die Sollvorgaben basieren auf der Bevölkerungsfortschreibung und dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes (Sartorius/Spengler 2022, S. 5). Abweichungen zwischen den vorgegebenen und den schließlich realisierten Quoten wurden per faktorieller Gewichtung an die Strukturen der Grundgesamtheit angepasst (Sartorius/Spengler 2022, S. 7).⁶

Es werden in der Regel hohe Fallzahlen realisiert, die mit telefonischen Stichproben in dieser Fülle und Geschwindigkeit nicht erzielt werden könnten.⁷ Diese Zahlen erlauben auch kleinteilige Analysen, differenziert nach Merkmalen wie Geschlecht, Bildung oder Einkommen. Tabelle 1 zeigt die Entwicklung der Fallzahlen des WSI-Erwerbspersonenpanels von der ersten über die in dieser Analyse verwendeten sechsten und zwölften Welle. Dabei werden – jeweils für die Basis- (erste Welle) sowie Aufstockungsstichprobe (Welle 5) die

4 Strenggenommen handelt es sich – solange die Stichprobe nicht erneuert bzw. „aufgefrischt“ wird – um Personen, die zum Zeitpunkt der Ersterhebung (April 2020) Erwerbspersonen sowie 16 Jahre und älter waren.

5 Die Panelisten-Identität wird regelmäßig offline validiert, zudem wird sichergestellt, dass es sich um einzigartige Accounts handelt. Die Rekrutierung erfolgte nach Vorselektion über aktuelle Informationen der amtlichen Statistik (z. B. nach Alter, Geschlecht, Region). Weitere Details zum „Payback-Panel“ können dem Anhang des Methodenberichts der neunten Welle entnommen werden (Sartorius/Spengler, 2022, S. 18f.).

6 Durch diese Gewichtung wird – mit Ausnahme der Branchenzugehörigkeit – eine gute „Passung“ der oben genannten Merkmale an die Grundgesamtheit erreicht (Pfister 2021, S. 2).

7 Zur Datenqualität in telefonischen Befragungen siehe Baumann (2018).

Fallzahlen und Response Rates (RR) des WSI-Erwerbspersonenpanels

Welle	Zeitraum	Basis			Aufstockung		
		RR in Prozent			RR in Prozent		
		N	Quer	Längs	N	Quer	Längs
1	03. bis 14. April 2020	7.677	100	100			
2	18. bis 29. Juni 2020	6.309	82	82			
3	05. bis 23. November 2020	6.102	79	72			
4	26. Januar bis 08. Februar 2021	6.235	81	67			
5	29. Juni bis 13. Juli 2021	5.047	66	55	1.142	100	100
6	30. September bis 11. Oktober 2021	5.454	71	51			
7	13. bis 24. Januar 2022	5.476	71	48	943	83	83
8	25. April bis 09. Mai 2022	5.322	69	46	912	80	73
9	23. November bis 02. Dezember 2022	4.324	56	39	812	71	61
10	29. Juni bis 20. Juli 2023	4.171	54	32	858	75	56
11	02. bis 16. Oktober 2023	226	3	1	838	73	50
12	28. November bis 12. Dezember 2023	4.405	57	30	812	71	47

Anmerkungen:

RR = Response Rate („Teilnahmequote“). Quer: Teilnehmer an der jeweiligen Welle als Anteil an ursprünglicher Stichprobe; längs = Teilnehmer an bis dahin allen Wellen als Anteil an ursprünglicher Stichprobe.

Die elfte Welle war eine Sonderbefragung unter Selbstständigen. An dieser Welle nahmen entsprechend nur wenige Personen aus der ersten Welle teil. Für die Rücklaufquote im Längsschnitt der zwölften Welle wurde die elfte Welle entsprechend ausgeklammert. Die dargestellten 30 Prozent sind also Teilnehmer*innen, die an den Wellen 1–10 und 12 teilgenommen haben.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel, Wellen 1 – 12, eigene Berechnungen



absoluten Fallzahlen („N“) sowie die Rücklaufquoten (*Response Rates*, *RR*) abgetragen.

Wir beobachten im Vergleich von Basis- und Aufstockungsstichprobe sehr ähnliche Trends im Rücklauf. So werden etwa zwei Jahre nach der ursprünglichen Ziehung noch etwa 70 Prozent der Teilnehmer*innen pro Welle erreicht, ebenso hat nach zwei Jahren knapp die Hälfte aller ursprünglichen Teilnehmer*innen an *allen* bis dahin durchgeführten Wellen teilgenommen.

Im Folgenden greifen wir im Wesentlichen auf die Inhalte der aktuellsten, zwölften Welle zurück, die im November und Dezember 2023 erhoben wurde. Im Fragebogen dieser Welle wurden die unten stehenden Angaben erfasst, wie z.B. soziodemografische Angaben, die Berufssituation, Einstellungen und Sorgen. Ebenso wurde die sogenannte Sonntagsfrage gestellt („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“). Für einige wenige Inhalte greifen wir indes auf die sechste Welle (kurz nach der Bundestagswahl 2021) zurück, in der sowohl die tatsächliche Zweitstimmenentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 als auch eine Reihe von politischen Themen mitsamt ihrer Wichtigkeit für die befragten Personen erfasst wurden.

Diese Angaben verwenden wir, um einerseits „Wähler*innenwanderungen“ (bzw. deren Potenziale) zu beschreiben, und andererseits auch Personen und Personengruppen im zweidimensionalen politischen Raum zu verorten.

Für die folgenden Analysen ist vor allem die Schnittmenge der Wellen 6 und 12 von Bedeutung, da sie bestimmt, wie viele Personen der aktuellen Befragungswelle wir hinsichtlich ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 2021 betrachten können. Da in Welle 6 nicht auf die Aufstockungsstichprobe aus Welle 5 zurückgegriffen wurde, kommen für diese Analysen lediglich die 4.405 Teilnehmer*innen der Basisstichprobe aus Welle 12 in Betracht. Von diesen 4.405 Personen haben 3.934, also rund 89 Prozent, ebenfalls Fragen zur Nachwählerhebung (sechste Welle) beantwortet.⁸

⁸ Es sei darauf hingewiesen, dass sich die Schnittmenge der Teilnehmer*innen aus Welle 6 und 12 in ihrer Zusammensetzung vereinzelt von der Stichprobe der zwölften Welle unterscheiden kann. Wir gehen jedoch aufgrund der großen Schnittmenge beider Wellen davon aus, dass diese Selektivität weitgehend zu vernachlässigen ist.

3 POLITISCHES PROFIL DES BSW, POLITISCHES ANGEBOT UND POLITISCHE NACHFRAGE

Da es sich beim BSW um eine neue Partei handelt, stellt sich die Frage, wie sich das Bündnis im deutschen Parteienspektrum verortet. Auf Grundlage der bislang veröffentlichten programmatischen Dokumente⁹ lassen sich folgende markante Positionen identifizieren:

- ein industriefreundliches wirtschafts- und sozialpolitisches Programm, das links der Mitte eingeordnet werden kann,
- eine restriktive Position in der Migrationspolitik,
- eine integrationskritische Ausrichtung in der Europapolitik,
- eine Ablehnung eines sogenannten „Öko-Aktivismus“,
- eine Ablehnung von militärischen Lösungen und Sanktionen, verbunden mit der Forderung nach einer friedensorientierten Entspannungspolitik.

Legt man das in der Politikwissenschaft gängige Modell eines zweidimensionalen politischen Raums zugrunde (siehe etwa Hillen/Steiner 2020; Kitschelt 1994; Lefkofridi et al. 2014; Merkel 2017; Spies/Franzmann 2011), lässt sich das Profil des BSW als ökonomisch links und kulturell konservativ klassifizieren.¹⁰

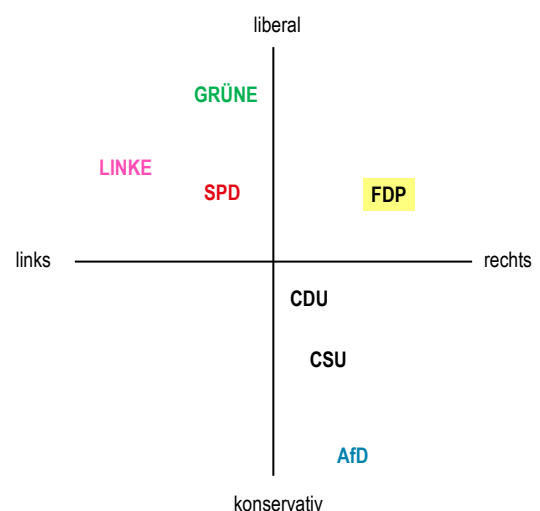
Dieses Modell unterteilt den politischen Raum analytisch in zwei Dimensionen (siehe Abbildung 1): eine ökonomische Dimension (x-Achse) und eine kulturelle Dimension (y-Achse). Die ökonomische Dimension bildet die klassische Links-Rechts-Auseinandersetzung zwischen Befürworter*innen eines freien Marktes einerseits (rechter Pol) und Fürsprecher*innen eines wirtschafts- und sozialpolitisch aktiven Staates andererseits (linker Pol) ab. Die kulturelle Dimension bildet gesellschaftspolitische Positionen von Parteien ab. Die Pole der kulturellen Achse können mit „liberal“ (oberer Pol) und „konservativ“ (unterer Pol) beschrieben werden. Liberale Positionen sind typischerweise z.B. die Befürwortung von gleichgeschlechtlichen Ehen, Gleichberechtigung von Frauen, europäischer Integration oder von Zuwanderung. Konservative Positionen verhalten sich dazu spiegelbildlich.

Abbildung 1 stellt ein solches zweidimensionales Modell des politischen Raums in Deutschland dar. Das Modell beruht auf Daten der letzten Erhebungswelle des Chapel Hill Expert Surveys (CHES; siehe Jolly et al. 2022). Der CHES-Datensatz ermittelt auf Grundlage von Expert*inneneinschätzungen Positionen von Parteien in Europa zu Themen der europäischen Integration, Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Für die aktuelle Welle 2019 haben 421 Expert*innen 277 Parteien aus allen EU-Ländern bewertet. Die x-Achse bildet die wirtschafts- und sozialpolitische Position der Parteien bezüglich Privatisierung, Steuern, Regulierung, Staatsausgaben und Wohlfahrtsstaat ab. Vereinfacht ausgedrückt gilt, je weiter links eine Partei positioniert ist, desto „sozialistischer“ ist sie, je weiter rechts, desto „kapitalistischer.“ Die y-Achse bildet die kulturelle Position der Parteien bezüglich Themen wie z. B. Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehen, Gleichberechtigung von Frauen, Familienbild oder Recht und Ordnung ab. Hierbei gilt, je weiter oben eine Partei angeordnet wird, desto „liberaler“ ist sie, je weiter unten, desto „konservativer“.

Abbildung 1 illustriert, wie sich die im deutschen Bundestag vertretenen Parteien über den politischen Raum verteilen. Zu erkennen ist eine Polarisierung des Parteiensystems auf der ökonomischen Links-Rechts-Achse zwischen der LINKEN und der FDP sowie in der kulturellen Dimension zwischen Grünen und AfD (vgl. Hooghe/Marks 2018).

Abbildung 1

Politisches Angebot in Deutschland

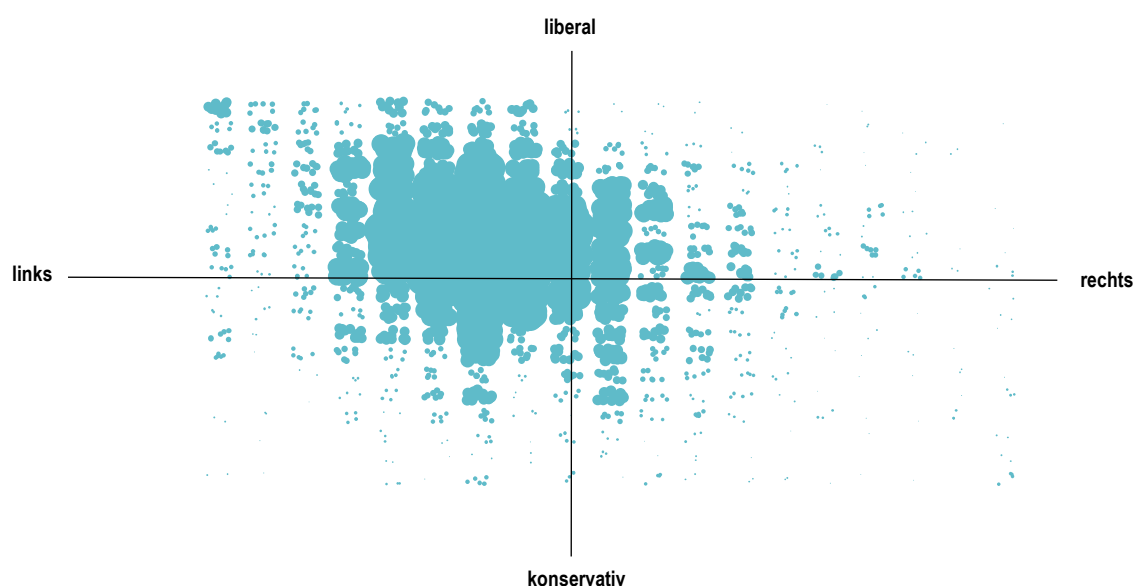


⁹ Das Programm kann hier heruntergeladen werden: https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/01/BSW_Parteiprogramm.pdf (letzter Zugriff: 06.05.2024). Das BSW-Programm zur Europawahl ist hier abrufbar: https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/02/BSW_Europawahlprogramm_2024.pdf (letzter Zugriff: 06.05.2024).

¹⁰ Zu diesem Schluss kommen auch erste politikwissenschaftliche Analysen (siehe Wagner 2023; Wurthmann/Gerrits 2024). Im Programm des BSW finden sich allerdings auch Forderungen, die eigentlich nicht zum klassischen Repertoire linker Parteien gehören, wie z. B. nach einer Stärkung mittelständischer Firmen.

Quelle: Chapel Hill Expert Survey 2019, Variablen „Irecon“ (x-Achse) und „galtan“ (y-Achse), eigene Darstellung

Politische Nachfrage in Deutschland



Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 2.566), eigene Berechnung



Mithilfe dieses Modells lässt sich der politische Raum in vier Quadranten unterteilen (im Uhrzeigersinn von links-oben nach links-unten): links-liberal, rechts-liberal, rechts-konservativ, links-konservativ. Wie sich der Abbildung entnehmen lässt, besetzen die etablierten Parteien bislang alle Quadranten bis auf den Links-Konservativen.¹¹ Nach den zur Verfügung stehenden Informationen zu urteilen, wird das BSW in diese Lücke des politischen Angebots vorstoßen und sich im bisher nicht-besetzten links-konservativen Quadranten einsortieren. Im CHES-Datensatz liegen noch keine Informationen über das BSW vor. Deswegen können wir noch keine *exakte* räumliche Verortung des BSW in der Abbildung vornehmen.

Das gleiche Modell lässt sich auch auf die politische Nachfrage anwenden, d. h. auf politische Einstellungen von Bürger*innen. Wir greifen dazu auf die WSI-Erwerbspersonenbefragung zurück und bilden auf Grundlage von Fragen zu politischen Prioritäten in Welle 6 (kurz nach der Bundestagswahl) kombinierte Indizes, die eine Zuordnung der Befragten zu den vier Quadranten ermöglichen. In Welle 6 wurden die Umfrageteilnehmer*innen gefragt, welche Themen der damals noch zu formierenden Bundesregierung besonders wichtig sein sollten.¹²

¹¹ Zu ähnlichen Ergebnissen für Deutschland (und andere westeuropäische Länder) kommen Lefkorida et al. (2014) sowie Hillen/Steiner (2020). In osteuropäischen Ländern gibt es häufiger Parteien mit links-konservativem Profil.

¹² Die Skalen erstreckten sich für diese Fragen einheitlich von 1 (sehr wichtig) bis 7 (überhaupt nicht wichtig). Mit den Werten von 2 bis 6 konnten die Befragten ihre Position abstimmen. Skalen, die inhaltlich die spiegelbildliche (ökonomisch rechte bzw. kulturell liberale) Position erfassen, werden „gedreht“.

Der erste kombinierte Index misst die ökonomischen Präferenzen der Befragten. Dazu bilden wir aus den Antworten der Befragten zur Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro und zur Steuerpolitik (steuerliche Entlastung von Unternehmen, Erhöhung des Spitzensteuersatzes) einen kombinierten Index, der ihre ökonomischen Präferenzen abbildet und somit eine Verortung auf der x-Achse erlaubt. Antworten auf Fragen zur Bekämpfung des Klimawandels, Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland und zur Stärkung der Europäischen Union nutzen wir, um einen kombinierten Index zu erstellen, der die kulturellen Präferenzen der Befragten auf der y-Achse wiedergibt. Die Befragten lassen sich auf diese Weise in das zweidimensionale Modell des politischen Raums einfügen.¹³ Analog zur politischen Angebotsseite gilt: Je weiter links sich eine befragte Person befindet, desto „sozialistischer“ ist sie, je weiter rechts, desto „kapitalistischer“. Je weiter oben Teilnehmer*innen positioniert sind, desto „liberaler“ sind sie, je weiter unten, desto „konservativer“.

Wie Abbildung 2 zeigt, sind auf der Nachfrageseite alle Quadranten besetzt. Demnach gibt es auch eine Gruppe von Menschen mit links-konservativen Einstellungen, für die das Programm des BSW attraktiv sein könnte. Diese Gruppe musste sich bisher entscheiden, ob sie eine links-liberale Partei gemäß ihrer ökonomischen Präferenzen, oder aber eine rechts-konservative Partei entsprechend ihren kulturellen Präferenzen wählen wollte (vgl. Hillen/Steiner 2020, S.334f.; Lefkofridi et al. 2014, S.66).¹⁴

In den nächsten Abbildungen werden nach demselben Verfahren auf der y-Achse Parteipositionen (Angebot) bzw. Wählerpräferenzen (Nachfrage) jeweils zu den Themen Zuwanderung (Abbildung 3 und 5) und europäische Integration abgebildet (Abbildung 4 und 6). Migration und europäische Integration werden von der Forschungsliteratur als besonders saliente Themen bei Europawahlen identifiziert und dürften daher auch bei der anstehenden Wahl zum Europäischen Parlament von Bedeutung sein. Zudem sind kritische Positionen zur Zuwanderung und zur EU typischerweise zentrale Motive der politischen Mobilisierung populistischer Parteien (Hix et al. 2019; Hix et al. 2023; Hooghe/Marks 2018; Treib 2021; Vries/Hobolt 2020; Wagner 2022). Die x-Achsen halten wir in den folgenden Darstellungen

konstant. Sie bildet also weiterhin die ökonomische Links-Rechts-Dimension ab.

In Abbildung 3 gibt die y-Achse die Positionen der Parteien zur Migration an. Je weiter oben sich eine Partei befindet, desto „migrationsfreundlicher“ ist sie, je weiter unten, desto „migrationskritischer“.

Folgt man der Darstellung, ist auch beim Thema Migration der links-migrationskritische Quadrant nicht besetzt. Allerdings berücksichtigen die zugrundeliegenden Daten noch nicht die jüngsten Verschärfungen der asylpolitischen Positionen aller Parteien mit Ausnahme der LINKEN.¹⁵ Auch auf der Nachfrageseite gibt es eine Gruppe von Befragten mit linken ökonomischen und zugleich migrationskritischen kulturellen Einstellungen, wie Abbildung 5 zeigt.

Abbildung 4 bildet auf der kulturellen Achse die Positionen der Parteien zur europäischen Integration ab. Je weiter oben eine Partei sich befindet, desto „integrationsfreundlicher“ ist sie, je weiter unten, desto „integrationskritischer“. Diese Darstellung veranschaulicht, dass in Deutschland alle Parteien mit Ausnahme der AfD als moderat bis ausgeprägt integrationsfreundlich angesehen werden können. Der links-integrationskritische Quadrant ist auf der Angebotsseite unbesetzt. Allerdings gibt es eine Gruppe von Personen mit linken ökonomischen und integrationskritischen kulturellen Einstellungen (siehe Abbildung 6).

Die Analyse in diesem Abschnitt legt nahe, dass das BSW mit seinen linken ökonomischen und konservativen gesellschaftspolitischen, migrations- sowie integrationspolitischen Positionen einen bisher freien Raum im politischen Angebot erschließen könnte. Ebenfalls ersichtlich wird, dass diesem Angebot theoretisch auch eine politische Nachfrage gegenübersteht. Doch wie sieht es mit der tatsächlichen Nachfrage nach dem Angebot des BSW aus? Würden sich Wähler*innen bei Wahlen tatsächlich für das BSW entscheiden? Hier erlauben die Befunde aus der aktuellen WSI-Erwerbspersonenbefragung erste Rückschlüsse (siehe nächster Abschnitt).

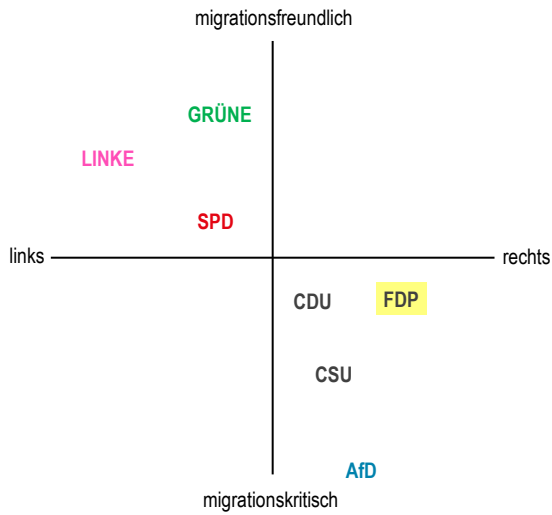
13 Die Items für die kombinierten Indizes wurden unter der Maßgabe ausgewählt, das Parteienspektrum auf der politischen Nachfrageseite diskriminieren zu können und nicht um – wie häufig im Falle von Indexbildungen – möglichst konsistente Persönlichkeitseigenschaften der Befragten zu identifizieren. Entsprechend gering fällt Cronbachs Alpha für beide Indizes aus: 0,23 für die x- und 0,56 für die y-Achse.

14 Eine weitere Möglichkeit ist, mangels passenden politischen Angebots nicht an Wahlen teilzunehmen.

15 Für einen Überblick siehe FAZ vom 07.11.2023: „Gipfel im Kanzleramt: Das haben Bund und Länder zur Migration beschlossen“ (<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/migrationsgipfel-das-haben-bund-und-laender-beschlossen-19296234.html>, letzter Zugriff: 03.04.2024).

Abbildung 3

Politisches Angebot in Deutschland, Positionen zur Migrationspolitik

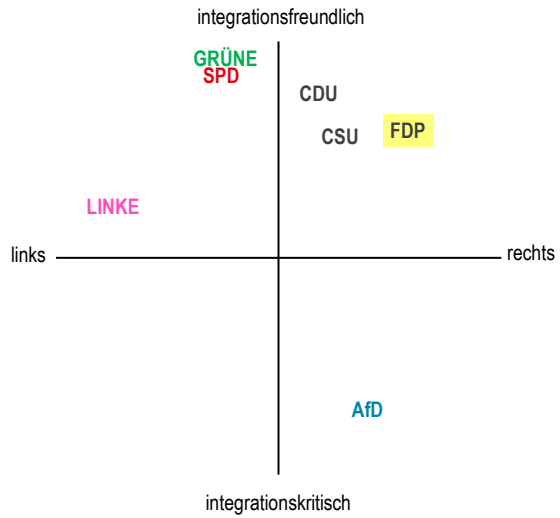


Quelle: Chapel Hill Expert Survey 2019, eigene Darstellung

WSI

Abbildung 4

Politisches Angebot in Deutschland, Positionen zur europäischen Integration

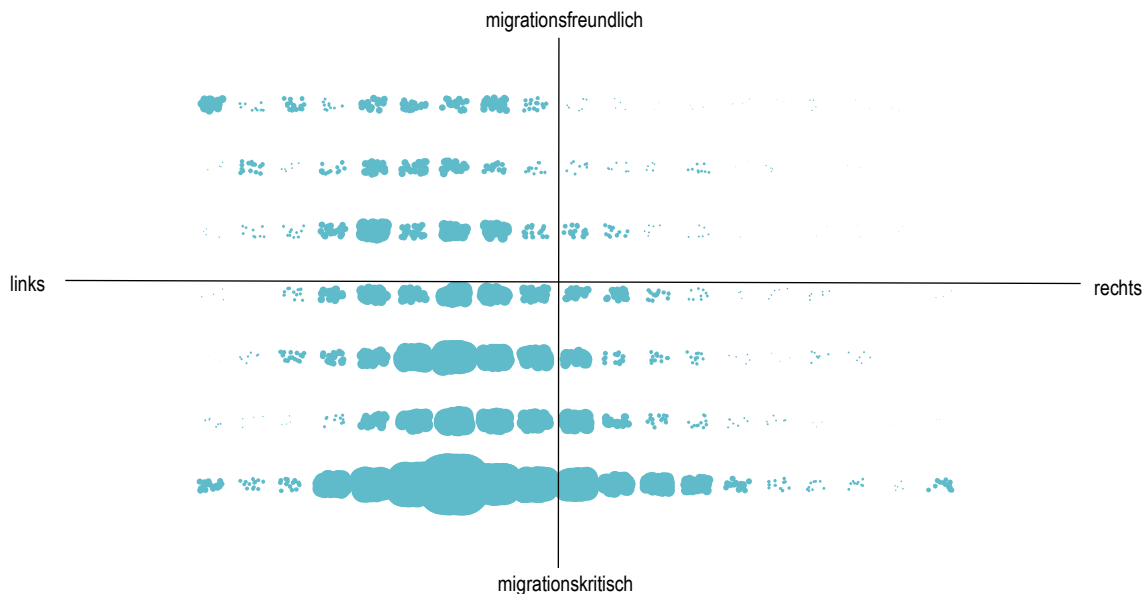


Quelle: Chapel Hill Expert Survey 2019, eigene Darstellung

WSI

Abbildung 5

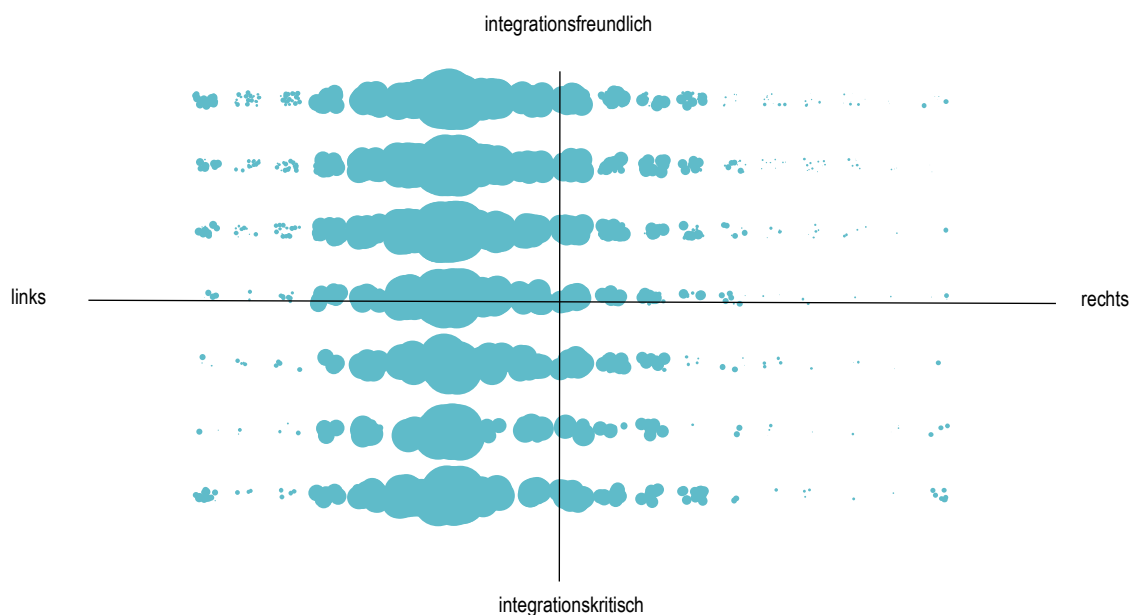
Politische Nachfrage in Deutschland, Einstellungen zur Migrationspolitik



Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 2.566), eigene Berechnung

WSI

Politische Nachfrage in Deutschland, Einstellungen zur Europäischen Union



Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 2.566), eigene Berechnung

WSI

4 BSW-WAHLABSICHTSBEKUNDUNG IN DER WSI-ERWERBSPERSONENBEFRAGUNG

In der jüngsten Erhebungswelle (November 2023) der WSI-Erwerbspersonenbefragung wurden die Teilnehmer*innen gefragt, ob sie das BSW wählen würden, wenn diese Partei bereits jetzt zur Wahl stünde. Daraufhin gaben 4,6¹⁶ Prozent der Befragten an, dass sie das BSW auf jeden Fall wählen würden. Weitere 10,4 Prozent hielten es für wahrscheinlich, dass sie dem BSW ihre Stimme geben würden (siehe Abbildung 7). Dies bedeutet, dass zusammengerechnet 15 Prozent der befragten Personen eine Wahlabsicht für das BSW bekundeten. 24,5 Prozent würden das BSW wahrscheinlich nicht, weitere 60,5 Prozent auf keinen Fall wählen. Personen, die nach eigener Auskunft nicht wahlberech-

tigt sind, werden in dieser Auszählung wie auch in den weiteren Betrachtungen nicht berücksichtigt.

Da wir aufgrund der zurückliegenden Erhebungswellen die tatsächliche Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl des überwiegenden Teils der zuletzt Befragten rekonstruieren können, können wir die potenzielle Wähler*innenwanderung von anderen Parteien zum BSW abschätzen.

In Tabelle 2 gehen wir der Frage nach, wie hoch die Wahlpräferenz des BSW unter Wähler*innen der etablierten Parteien ist. Hierfür haben wir die Antwortmöglichkeiten „ja, auf jeden Fall“ und „ja, wahrscheinlich“ sowie „nein, wahrscheinlich nicht“ und „nein, auf keinen Fall“ jeweils zu einer Kategorie addiert.

Es fällt auf, dass im Verhältnis besonders viele Wähler*innen der LINKEN (38,9 Prozent) und der AfD (21,6 Prozent) die Absicht äußern, das BSW zu wählen.¹⁷

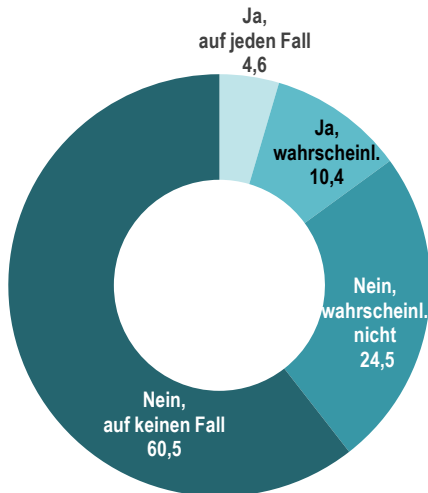
¹⁶ Es handelt sich hier, wie auch im Folgenden, um die Anteilswerte unter allen gültigen Angaben, d. h. ohne die zahlreichen „Weiß nicht“-Angaben zur BSW-Frage (1.197). Befragte, die die BSW-Frage nicht beantworten konnten oder wollten, gaben auch bei der Sonntagsfrage in der Mehrheit keine Antwort. In den übrigen Fällen verteilten die Befragten ohne Antwort auf die BSW-Frage sich „zwischen“ den Sympathisant*innen und Nicht-Sympathisant*innen der etablierten Parteien so, dass wir davon ausgehen, dass die „Weiß nicht“-Angaben nicht systematisch mit der BSW-Neigung zusammenhängen.

¹⁷ Dies deckt sich auch mit den Befunden von Wagner et al. (2023), die eine besondere Beliebtheit von Sahra Wagenknecht bei Wähler*innen der AfD und der LINKEN nachweisen.

Abbildung 7

Würden Sie BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) wählen, wenn diese Partei bereits jetzt wählbar wäre?

Angaben in Prozent



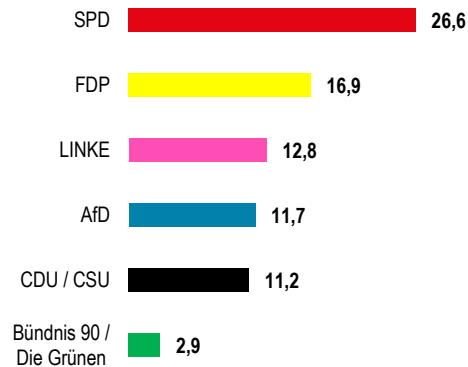
Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Welle 12 (N = 3.997), eigene Berechnung

WSI

Abbildung 8

Anteil der Wähler*innen der jeweils angegebenen Partei an BSW-Sympathisant*innen anhand von Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl 2021

Angaben in Prozent



Anmerkung:

Die Anzahl der Nichtwähler*innen bei der Bundestagswahl 2021 mit gültiger Antwort zur BSW-Frage ist zu gering, um belastbare Aussagen zu treffen.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 2.641), eigene Berechnung

WSI

Wähler*innen der SPD und FDP zeigen verglichen mit allen Befragten eine leicht überdurchschnittliche, Wähler*innen der CDU/CSU eine deutlich unterdurchschnittliche BSW-Wahlneigung. Die BSW-Wahlpräferenz ist jedoch deutlich am niedrigsten unter Grünen-Wähler*innen (drei Prozent). Zu beachten ist, dass diese Angaben lediglich so etwas wie eine *Wechselneigung* von Wähler*innen einer etablierten Partei zum BSW anzeigen.

Da die Wähler*innengruppen der etablierten Parteien unterschiedlich groß sind (es gab z.B. mehr CDU- als LINKEN-Wähler*innen), sagt diese Darstellung noch nichts über das relative Gewicht der jeweiligen Gruppen für das BSW aus. Daher verändern wir in Abbildung 8 die Betrachtungsweise und stellen dar, wie hoch der Anteil der Wähler*innen der verschiedenen etablierten Parteien bei der Bundestagswahl 2021 jeweils an allen BSW-Sympathisant*innen ist.

Abbildung 8 zeigt, dass 26,6 Prozent der BSW-Sympathisant*innen bei der letzten Bundestagswahl die SPD gewählt haben. SPD-Wähler*innen machen also den größten Block der Befragten mit BSW-Wahlneigung aus, gefolgt von FDP-Wähler*innen (16,9 Prozent), LINKEN-Wähler*innen (12,8 Prozent), AfD-Wähler*innen (11,7 Prozent) und Wähler*innen der CDU (11,2 Prozent). Dies könnte ein Indiz für eine relativ große politische Heterogenität der BSW-Sympathisant*innen sein (siehe auch Abschnitt 6.1).

Tabelle 2

Wahlpräferenz des BSW je Partei anhand von Wahlentscheidungen bei der Bundestagswahl 2021

Angaben in Prozent

	N	Ja, auf jeden Fall/ Ja, wahrscheinlich
Die LINKE	129	38,9
AfD	225	21,6
FDP	380	17,6
SPD	695	16,2
CDU/CSU	534	8,8
Bündnis 90 / Die Grünen	368	3,0

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung

WSI

5 BSW-SYMPATHISANT*INNEN IM PROFIL

In der Erwerbspersonenbefragung werden nicht nur Wahlabsichten erhoben, sondern auch Informationen zu den soziodemografischen und sozioökonomischen Hintergründen der Befragten ermittelt. Zudem wurden die Teilnehmer*innen u.a. auch zur individuellen Belastung (z.B. finanzieller Natur), Sorgen (z.B. über die berufliche Zukunft) und zum Vertrauen in Institutionen (z.B. in die Bundesregierung) befragt. Diese Items wurden ursprünglich in die WSI-Erwerbspersonenbefragung aufgenommen, da die Forschungsliteratur sie als wichtige erklärende Faktoren für die Zustimmung von Wähler*innen zu rechtspopulistischen Parteien ansieht (siehe hierzu im Einzelnen Hövermann 2023, Abschnitt 4).¹⁸

Auf dieser Datengrundlage können wir nun auffällige Merkmale der BSW-Sympathisant*innen identifizieren. Wie bereits zuvor, fassen wir die Antwortmöglichkeiten auf die BSW-Frage „ja, auf jeden Fall“ und „ja, wahrscheinlich“ sowie „nein, wahrscheinlich nicht“ und „nein, auf keinen Fall“ zu jeweils einer Kategorie zusammen. Bei der Beurteilung der Befunde legen wir unter Berücksichtigung statistischer Fehlertoleranzen folgendes Kriterium an: Wir interpretieren Unterschiede in den verglichenen Kategorien erst ab fünf Prozentpunkten als robust und aussagekräftig.¹⁹

5.1 Soziodemografische Merkmale

Zunächst betrachten wir in Tabelle 3 einige ausgewählte soziodemografische Merkmale der BSW-Sympathisant*innen.

Im Vergleich zu Befragten in Westdeutschland (13,2 Prozent) äußern Befragte in Ostdeutschland etwa doppelt so oft die Absicht, das BSW zu wählen (27 Prozent). In der Kategorie „Schulbildung“ ist die Zustimmung zum BSW bei Abiturient*innen (10,1 Prozent) am geringsten und liegt unter Befragten mit niedrigeren Schulabschlüssen teilweise doppelt so hoch. Personen mit eigener Migrationserfahrung ziehen überproportional häufig in Erwägung, das BSW zu wählen. Zwischen Männern und

Frauen gibt es ebenso wie zwischen verschiedenen Altersgruppen keine deutlichen Unterschiede bei der BSW-Wahlneigung.

Im nächsten Schritt befassen wir uns mit sozioökonomischen Merkmalen der BSW-Sympathisant*innen.

5.2 Sozioökonomische Merkmale

Anhand von Tabelle 4 lässt sich erkennen, dass die Neigung, das BSW zu wählen, mit sinkendem Einkommen steigt. So geben 21 Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen²⁰ von unter 1.500 Euro im Monat an, das BSW auf jeden Fall oder wahrscheinlich zu wählen. Von den Befragten mit einem Einkommen von über 3.500 Euro sind es lediglich elf Prozent. Ähnlich verhält es sich bei finanziellen Rücklagen. Befragte, die angaben, auf ein finanzielles Polster zurückgreifen zu können, um notfalls einen Monat ihre laufenden Ausgaben bezahlen zu können, haben eine deutlich geringere BSW-Neigung (13,2 Prozent) als Personen ohne solche Rücklagen (21,2 Prozent). Auffällig ist auch, dass Gewerkschaftsmitglieder häufiger als Nicht-Mitglieder angaben, für das BSW zu stimmen, wenngleich der Unterschied zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern knapp unter dem von uns formulierten Bewertungskriterium von fünf Prozentpunkten liegt (siehe oben). In der Kategorie „Tätigkeit“ gaben Arbeiter*innen besonders häufig an, eine Wahl des BSW in Erwägung zu ziehen (26,7 Prozent). Verglichen mit der durchschnittlichen Zustimmung zum BSW von 15 Prozent (siehe Abschnitt 4), haben Beamte mit 9,5 Prozent eine unterdurchschnittliche BSW-Wahlneigung.

Im nächsten Schritt wenden wir uns den im November 2023 erhobenen psychosozialen Merkmalen der BSW-Sympathisant*innen zu.

¹⁸ Überblicke über den Stand der Forschung bieten Berman (2021), Berman/Snegovaya (2019), Ford/Jennings (2020), Golder (2016) sowie Mudde/Kaltwasser (2019).

¹⁹ Hierbei handelt es sich um ein selbstgesetztes Kriterium, mit dem wir sicherstellen möchten, nur Größenordnungen zu interpretieren, die zugleich belastbar und relevant sind. Das hier angewandte 5-Prozent-Kriterium ist angelehnt an Fehlertoleranzen, wie sie in Zufallsstichproben üblicherweise verwendet werden. Ein Beispiel: Das 95%-Konfidenzintervall für einen 50-Prozent-Anteilswert in einer Stichprobe von 3.000 Personen läge im Bereich von 48 bis 52 Prozent. Wir legen ein relativ breites Kriterium an, um so zu konservativen Ergebnissen zu gelangen.

²⁰ Die Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen werden aus den Rohdaten der Erwerbspersonenbefragung vom WSI generiert. Dabei werden zunächst Äquivalenzgewichte für jeden Haushalt berechnet, für die wir die „Neue OECD-Skala“ zugrunde legen („OECD modified scale“, siehe <https://www.oecd.org/els/soc/OECD-Note-EquivalenceScales.pdf>, zuletzt abgerufen am 14.05.2024). Anschließend werden die Klassenmitten der Haushalts-einkommen durch die Äquivalenzgewichte dividiert. Die exakte Datenaufbereitung lässt sich unter https://github.com/helge-baumann/epb_panel (zuletzt abgerufen am 14.04.2024) nachvollziehen.

Tabelle 3

Soziodemografische Merkmale von BSW-Sympathisant*innen

Angaben in Prozent

		N	Ja, auf jeden Fall/ Ja, wahrscheinlich
Gesamt		3.997	15,0
West/Ost	West inkl. Berlin*	3.423	13,2
	Ost	574	27,0
Geschlecht	männlich	2.418	14,3
	weiblich	1.578	15,9
Schulbildung	Haupt- oder Volksschulabschluss	685	18,1
	Mittlere Reife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule	1.313	20,4
	Abitur, Fachhochschulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule EOS)	1.974	10,1
Alter	bis 35	660	14,0
	36 bis 50	1.385	14,6
	51 und älter	1.952	16,1
Migrationshintergrund	Migrationserfahrung	387	21,1
	keine Migrationserfahrung	3.610	14,3

Berlin wird in dieser Untersuchung den „alten“ Bundesländern zugeordnet – ein arbiträres Vorgehen, welches darin begründet liegt, dass sich Berlin in den hier betrachteten Sachverhalten eher wie westdeutsche Bundesländer verhält und für sich genommen zu geringe Fallzahlen aufweist, um getrennt ausgewiesen zu werden.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Welle 12, eigene Berechnung

WSI

Tabelle 4

Sozioökonomische Merkmale von BSW-Sympathisant*innen

Angaben in Prozent

		N	Ja, auf jeden Fall/ Ja, wahrscheinlich
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen in Euro	unter 1.500	425	21,0
	1.500 bis unter 2.500	1.163	16,4
	2.500 bis unter 3.500	982	14,4
	3.500 und mehr	869	11,0
Finanzielles Polster	Ja	3.210	13,2
	Nein	667	21,2
Gewerkschaftsmitgliedschaft	Ja	672	19,1
	Nein	3.325	14,2
Tätigkeit	Arbeiter*in	441	26,7
	Angestellte*r	2.480	13,9
	Beamte*r	205	9,5
	Selbstständige*r	787	12,3

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Welle 12, eigene Berechnung

WSI

5.3 Psychosoziale Merkmale

Die psychosozialen Merkmale werden in einer ausführlichen Reihe von Variablen erfasst, deren detaillierte Ergebnisse im Anhang präsentiert werden (Tabelle A1). Wir berichten an dieser Stelle lediglich die wesentlichen Ergebnisse. Hier fällt auf, dass Personen, die besonders unzufrieden mit ihrem Job sind, dem BSW stärker zuneigen als andere Befragte. 20,4 Prozent der Befragten, die ihre familiäre Situation als sehr belastend beschreiben, würden dem BSW ihre Stimme geben. Von denjenigen, die durch ihre familiäre Situation wenig belastet sind, würden dies nur 13,5 Prozent tun. Analog zu den Befunden zum finanziellen Polster gaben 23,7 Prozent der Menschen, die ihre finanzielle Situation als belastend empfinden, an, das BSW auf jeden Fall oder wahrscheinlich zu wählen – ein weit überdurchschnittlicher Wert. Im Vergleich dazu neigen lediglich 9,7 Prozent der Personen mit einer geringen finanziellen Belastung dem BSW zu. Die Zustimmung zum BSW bei Menschen mit einer hohen Gesamtbelastung ist annähernd doppelt so hoch (22 Prozent) wie bei Befragten mit einer niedrigen Gesamtbelastung (11,6 Prozent).

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei den Sorgen: Je größer die Sorgen, desto häufiger wird die Absicht geäußert, das BSW zu wählen (siehe Tabelle A1). Insbesondere bei auf die Zukunft gerichteten Sorgen, etwa um den Lebensstandard, die Inflation, die eigene wirtschaftliche Situation, die Altersabsicherung oder die berufliche Zukunft, ist diese Tendenz besonders deutlich ausgeprägt. Bei Sorgen um den Zusammenhalt der Gesellschaft, über die Ausweitung des Nahostkonflikts oder des Ukraine-Kriegs zeigt sich dieses Muster hingegen nicht; die Zustimmung zum BSW ist hier zwischen Befragten ohne und mit großen Sorgen relativ gleichmäßig verteilt. Beim Thema Klimawandel ist der Zusammenhang sogar umgekehrt: Hier neigen Menschen, die sich keine Sorgen machen (20,3 Prozent), dem BSW öfter zu als stark besorgte Befragte (11,3 Prozent).

Zum Schluss betrachten wir den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in Institutionen und der BSW-Wahlneigung.

5.4 Vertrauen in Institutionen

Tabelle 5 zeigt, dass Befragte mit einem niedrigen Vertrauen in Institutionen öfter das BSW wählen würden als Personen mit einem hohen Vertrauen. Es gibt hierbei nur zwei Ausnahmen. Der Grad des Vertrauens in Gewerkschaften sowie Arbeitgeberverbände macht keinen nennenswerten Unterschied für die Zustimmung zum BSW. Die Befunde für das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien und die Bundesregierung stechen besonders hervor. Lediglich 6,5 Prozent der Personen mit einem hohen Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien bzw. 4,5 Prozent mit einem hohen Vertrauen in die Regierung ziehen eine Wahl des BSW in Erwägung. Hingegen würden 23,2 Prozent der Umfrageteilnehmer*innen, die den öffentlich-rechtlichen Medien misstrauen, sowie 21,4 Prozent derjenigen, die der Regierung nicht vertrauen, dem BSW ihre Stimme geben. Die BSW-Wahlneigung ist auch bei Personen überproportional hoch, die der Bundeswehr (19,9 Prozent), Gerichten (23,5 Prozent) und der Polizei (22,9 Prozent) geringes Vertrauen entgegenbringen. Bei BSW-Sympathisant*innen handelt es sich also offenbar oft um Personen, die sich von diesen Institutionen abgewendet zu haben scheinen.

5.5 Vergleich zwischen BSW- und AfD-Sympathisant*innen

In diesem Abschnitt vergleichen wir die Merkmale der Sympathisant*innen des BSW mit denen der AfD und arbeiten dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus. Informationen zu den Merkmalen der AfD-Sympathisant*innen entnehmen wir der Untersuchung von Andreas Hövermann (2023), die auf der zehnten Erhebungswelle der WSI-Erwerbspersonenbefragung beruht, die im Juli 2023 erhoben wurde.²¹ Allerdings ist zu beachten, dass sich unsere Betrachtungsweise von der Herangehensweise Hövermanns unterscheidet. Während Hövermann die Anteile einer Kategorie (z.B. Männer) an allen AfD-Wähler*innen mit den Anteilen an allen Wähler*innen aller anderen Parteien vergleicht, betrachten wir, wie hoch der Anteil einer Kategorie ist (z.B. Frauen), der eine BSW-Wahlabsicht bekundet. Überdies ist davon auszugehen, wie unsere Analysen in Abschnitt 4 andeuten, dass zahlreiche AfD-Sympathisant*innen aus dem Juli 2023 im November 2023 eine BSW-Wahlabsicht bekundeten. Daher können die Ergebnisse aus beiden Vorgehensweisen nicht direkt numerisch miteinander verglichen werden und die Gegenüberstellung ist nur eingeschränkt aussagekräftig.

²¹ Die Studie kann hier heruntergeladen werden: https://www.wsi.de/fpdf/HBS-008748/p_wsi_report_92_2023.pdf.

Vertrauen in Institutionen

Angaben in Prozent

		N	Ja, auf jeden Fall/ Ja, wahrscheinlich
Arbeitgeberverbände	Großes oder sehr großes Vertrauen	655	13,9
	Mittelmäßiges Vertrauen	1.726	14,2
	Kein oder wenig Vertrauen	1.371	16,3
Bundeswehr	Großes oder sehr großes Vertrauen	1.389	11,3
	Mittelmäßiges Vertrauen	1.471	14,7
	Kein oder wenig Vertrauen	1.056	19,9
Gewerkschaften	Großes oder sehr großes Vertrauen	938	15,3
	Mittelmäßiges Vertrauen	1.534	14,5
	Kein oder wenig Vertrauen	1.376	15,0
Gerichte	Großes oder sehr großes Vertrauen	2.039	10,1
	Mittelmäßiges Vertrauen	1.155	17,6
	Kein oder wenig Vertrauen	758	23,5
ÖR-Medien	Großes oder sehr großes Vertrauen	1.267	6,5
	Mittelmäßiges Vertrauen	1.186	13,4
	Kein oder wenig Vertrauen	1.495	23,2
Polizei	Großes oder sehr großes Vertrauen	2.405	11,7
	Mittelmäßiges Vertrauen	1.064	18,0
	Kein oder wenig Vertrauen	495	22,9
Regierung	Großes oder sehr großes Vertrauen	507	4,5
	Mittelmäßiges Vertrauen	1.089	6,3
	Kein oder wenig Vertrauen	2.368	21,4

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Welle 12, eigene Berechnung



Es lassen sich lediglich Aussagen über ähnliche oder unterschiedliche Tendenzen und Muster treffen.

Wir beginnen mit Merkmalen, die bei beiden Gruppen ähnlich ausgeprägt sind. Beide Parteien sind in Ostdeutschland populärer als in Westdeutschland (vgl. Hövermann 2023, S. 6; siehe auch Goerres et al. 2018, S.258). Auffällig sind auch die sozioökonomischen Gemeinsamkeiten. Befragte mit niedrigen Einkommen und ohne finanzielle Rücklagen neigen öfter dazu, Wahlabsichten für das BSW oder die AfD zu äußern (Hövermann 2023, S.12). Wie die international vergleichende Forschung zeigt, sind Arbeiter*innen in der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Europa überrepräsentiert (Bornschiefer/Kriesi 2012; Hövermann 2023, 12, 14; Oesch 2008; Oesch/Rennwald 2018). Dies gilt ebenso für die AfD-Wähler*innen (Hövermann 2023, S.14 anhand der WSI-Erwerbspersonenbefragung; Spies 2013). Wie sich in Abschnitt 5.1 zeigte, ist die BSW-Wahlneigung unter

Arbeiter*innen ebenfalls überproportional hoch. Ähnlichkeiten finden sich überdies bei den psychosozialen Faktoren. Unzufriedenheit mit dem eigenen Job (vgl. Hövermann 2023, S.17) sowie individuelle Belastungen (vgl. Hövermann 2023, S.26) und Sorgen (vgl. Hövermann 2023, S.23) scheinen Faktoren zu sein, die zu einem größeren Zuspruch zu beiden Parteien führen. Auch beim Vertrauen in Institutionen zeigen sich übereinstimmende Tendenzen: Befragte mit geringem Vertrauen in Institutionen weisen besonders häufig eine Affinität zum BSW oder der AfD auf (vgl. Hövermann 2023, S.20). Eine Ausnahme ist das Vertrauen in Gewerkschaften. Während AfD-Unterstützer*innen Gewerkschaften weniger häufig Vertrauen schenken als Anhänger*innen anderer Parteien, scheint das Vertrauen in Gewerkschaften keinen Einfluss auf die BSW-Wahlneigung der Befragten zu haben. Ebenfalls erkennbar ist, dass Menschen mit Abitur besonders selten mit einer der beiden Parteien liebäugeln.

Neben diesen Übereinstimmungen gibt es aber auch eine Reihe augenfälliger Unterschiede. Dies betrifft etwa die Richtung der Wähler*innenwanderung, also die Herkunftspartei der Befragten, die Sympathien für das BSW oder die AfD bekunden.

In Kapitel 4 haben wir dargestellt, dass Anhänger*innen der LINKEN und der AfD besonders häufig angeben, eine Wahl des BSW in Erwägung zu ziehen. Wie Hövermann (2023, S.8) zeigt, speist sich der Zuwachs an AfD-Unterstützer*innen seit der Bundestagswahl 2021 bis zum Sommer 2023 hauptsächlich aus Wähler*innen der FDP, CDU und SPD. Beim BSW zeigt sich ein etwas anderes Muster: Der größte Anteil der BSW-Sympathisant*innen hat bei der letzten Bundestagswahl für die SPD gestimmt. Danach folgen FDP-, LINKEN-, AfD- und CDU/CSU-Wähler*innen (siehe Abbildung 8). Bei einigen soziodemografischen Merkmalen bestehen weitere Unterschiede. So erhält das BSW aus allen Altersgruppen in etwa gleich viel Zustimmung. Die AfD wird hin-

gegen häufiger von Befragten mittleren Alters (30 bis 49 Jahre) gewählt (vgl. Hövermann 2023, S. 11; siehe auch Goerres et al. 2018, S.258). Während deutlich mehr Männer als Frauen die AfD unterstützen (vgl. Hövermann 2023, S.11), würden Frauen und Männer das BSW nahezu gleich oft wählen. Schließlich fällt noch ein weiterer Unterschied auf: Der Anteil von Migrant*innen unter AfD-Wähler*innen ist unterproportional. So äußerten 23,1 Prozent der im Sommer 2023 befragten Erwerbspersonen ohne Migrationshintergrund und 19 Prozent der Umfrageteilnehmer*innen mit Migrationshintergrund eine AfD-Wahlabsicht.²² Umgekehrt stellt es sich bei BSW-Sympathisant*innen dar, für die eine überdurchschnittliche Wahlpräferenz unter Befragten mit Migrationshintergrund auffällt.

²² Wir bedanken uns bei Andreas Hövermann, der uns diese Information zur Verfügung gestellt hat. Goerres et al. (2018, S. 258f.) stellen auf Basis statistischer Berechnungen fest, dass im Ausland geborene Personen eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, AfD zu wählen, als in Deutschland geborene Personen.

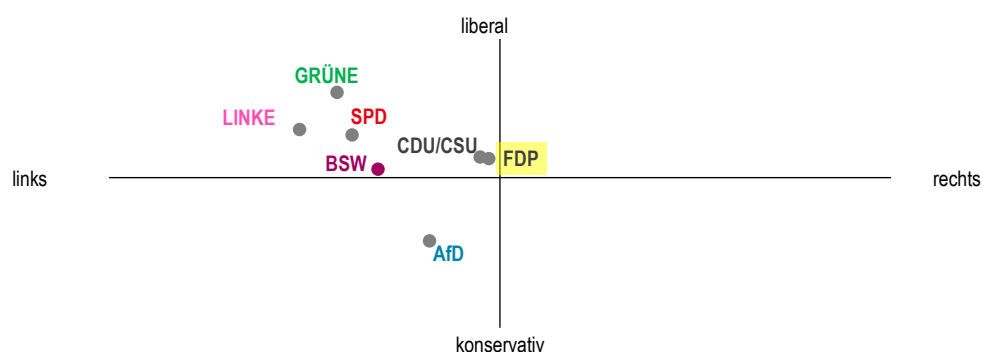
6 MERKMALE VON BSW-SYMPATHISANT*INNEN NACH HERKUNFTSPARTEI

Es stellt sich die Anschlussfrage, ob es bestimmte Faktoren gibt, die erklären können, warum sich Wähler*innen etablierter Parteien dazu entscheiden, das BSW zu unterstützen. Die in Kapitel 3 aufgezeigte Repräsentationslücke lässt – wie bereits erwähnt – vermuten, dass Personen mit links-konservativen Einstellungen bei Wahlen bisher zwischen Optionen wählen mussten, die mit ihren eigenen Präferenzen nur teilweise übereinstimmen. Sie mussten sich zwischen Nichtwahl, Wahl einer links-liberalen Partei entsprechend ihrer öko-

nomischen Präferenzen oder der Wahl einer rechts-konservativen Partei entsprechend ihrer kulturellen, gesellschaftspolitischen Einstellungen entscheiden (Hillen/Steiner 2020, S.334f.; Lefkofridi et al. 2014, S.66). Gibt es auffällige Unterschiede hinsichtlich soziodemografischer, sozioökonomischer, psychosozialer Merkmale, dem Vertrauen in Institutionen oder politischer Einstellungen zwischen denjenigen, die mit dem BSW sympathisieren und denjenigen, für die eine Wahl des BSW nicht infrage kommt?

Abbildung 9

Durchschnittliche politische Einstellungen nach Parteieigung



Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 2.332), eigene Berechnung

WSI

6.1 Politische Einstellungen

Um diese Frage zu beantworten, blicken wir zunächst auf die politischen Einstellungen der Befragten. Dabei greifen wir auf die kombinierten Indizes zu ökonomischen und kulturellen Präferenzen aus Kapitel 3 zurück.

Abbildung 9 illustriert, wo sich die Wähler*innen der verschiedenen Parteien (laut Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021 gemäß Welle 6 der WSI-Erwerbspersonenbefragung) durchschnittlich im zweidimensionalen Raum verorten.²³

Die Abbildung zeigt, dass AfD-Wähler*innen im Schnitt kulturell konservativer sind als die Anhänger*innen aller anderen Parteien, ökonomisch aber links von Wähler*innen von CDU/CSU und FDP stehen. Befragte, die sich eine Wahl des BSW vorstellen können, sind im Schnitt linker und liberaler als der Mittelwert der AfD-Wähler*innen. Gleichzeitig ist die durchschnittliche BSW-Sympathisant*in konservativer als die durchschnittlichen Wähler*innen aller übrigen Parteien, inklusive der CDU/CSU. Ökonomisch ordnet sie sich rechts der durchschnittlichen Wähler*innen links-liberaler Parteien ein (Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die LINKE).

Um im Folgenden zu betrachten, für welche Wähler*innen etablierter Parteien das BSW attraktiv ist, wird zwischen BSW-Sympathisant*innen und BSW-Nicht-Sympathisant*innen unter den Wähler*innen etablierter Parteien unterschieden. Konkret sind in Abbildung 10 Sympathisant*innen und Nicht-Sympathisant*innen des BSW dargestellt, einmal als (a) alle BSW-Sympathisant*innen und -Nicht-Sympathisant*innen (lila), als (b) AfD-Wähler*innen mit/ohne BSW-Neigung (blau) sowie als (c) SPD-Wähler*innen mit/ohne BSW-Neigung (rot).

Die Herkunftspartei beruht dabei wie bei der vorherigen Abbildung auf den Wahlentscheidungen der Befragten bei der letzten Bundestagswahl. Wir haben uns entschieden, die Analyse auf diese Gruppen zu beschränken, da AfD-Anhänger*innen nach Anhänger*innen der LINKEN die größte BSW-Wahlneigung haben (siehe Tabelle 2), während SPD-Anhänger*innen die größte Gruppe unter den BSW-Sympathisant*innen stellen (siehe Abbildung 8). Für einen Vergleich zwischen den Anhänger*innen der LINKEN mit und ohne BSW-Wahlneigung sind die Fallzahlen zu gering.

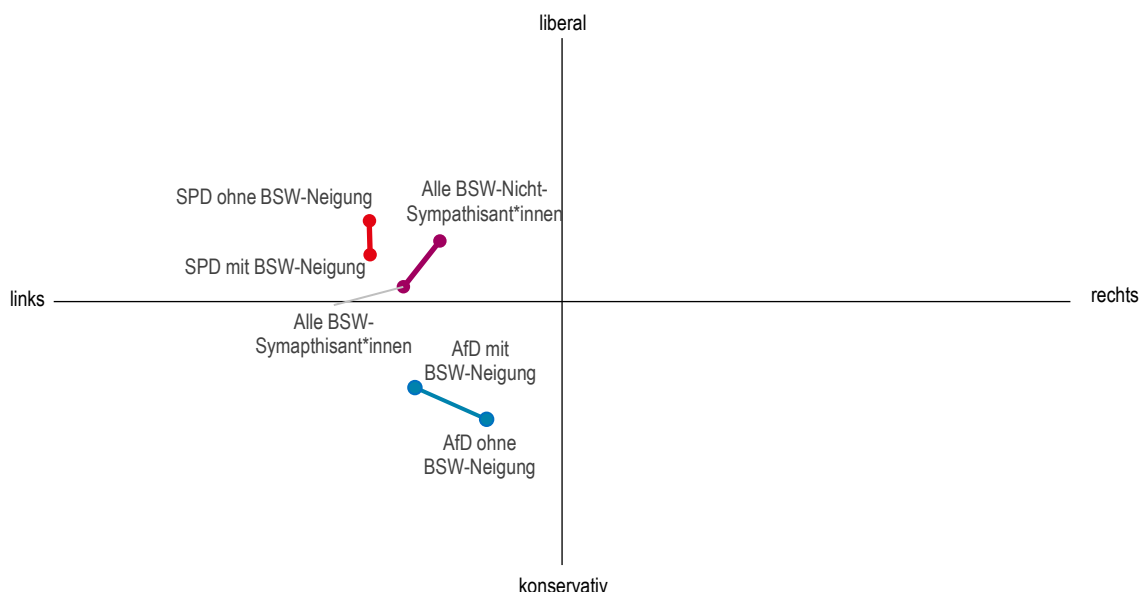
BSW-Nicht-Sympathisant*innen sind im Schnitt ökonomisch rechter und kulturell liberaler als BSW-Sympathisant*innen. Betrachtet man detaillierter, welche Wähler*innen der SPD und der AfD das BSW potenziell für sich gewinnen kann, so zeigt sich Folgendes: BSW-Sympathisant*innen unter SPD-Wähler*innen sind durchschnittlich kulturell konservativer als der Schnitt der SPD-Wähler*innen ohne BSW-Neigung, aber unterscheiden sich praktisch nicht hinsichtlich ihrer ökonomischen Präferenzen. Hingegen sind AfD-Wähler*innen, die sich eine Wahl des BSW vorstellen könnten, im Schnitt ökonomisch linker und kulturell liberaler als AfD-Wähler*innen, die das BSW nicht wählen würden.

Es lässt sich zudem festhalten, dass sich BSW-Sympathisant*innen, die von der SPD kommen, recht deutlich von BSW-Sympathisant*innen, die zur Bundestagswahl 2021 noch AfD wählten, unterscheiden. Somit setzt sich das Lager der BSW-Sympathisant*innen aus (mindestens) zwei Gruppen mit relativ unterschiedlichen politischen Einstellungen zusammen (siehe auch Abschnitt 4).

Insgesamt stützen die in diesem Abschnitt präsentierten Befunde die Einschätzung des BSW als links-konservative Partei auch hinsichtlich ihrer potenziellen Wählerschaft (vergleiche hierzu Abschnitt 3).

²³ Bei der Abbildung ist zu beachten, dass BSW-Sympathisant*innen doppelt gezählt werden, einmal als Teilmenge der Wähler*innen der etablierten Parteien zur Bundestagswahl 2021, als das BSW noch nicht gegründet war, und einmal als eigens ausgewiesene Gruppe basierend auf der angegebenen BSW-Wahlpräferenz im November 2023 (Welle 12). Das heißt, dass sich die Angaben nicht nur auf zwei verschiedene Erhebungszeitpunkte beziehen (BSW: November 2023, alle anderen Parteien: Oktober 2021), sondern wir auch zusätzlich nicht klar abgegrenzte Gruppen miteinander vergleichen.

Durchschnittliche politische Einstellungen nach Parteienwahl und BSW-Wahlneigung



Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 226 (AfD), 2.630 (alle), 695 (SPD)), eigene Berechnung

WSI

6.2 Sozialstrukturelle Merkmale

Die Analysen im vorangegangenen Abschnitt legen nahe, dass ökonomische und kulturelle Einstellungen einen Einfluss auf die BSW-Wahlneigung haben. Das schließt jedoch nicht aus, dass soziodemografische, sozioökonomische und psychosoziale Faktoren ebenfalls eine Rolle spielen können. Dies untersuchen wir im nächsten Schritt.

Während bei den nachfolgenden Betrachtungen die Fallzahlen für SPD-Wähler*innen (N = 695) aus unserer Sicht belastbare Aussagen zulassen, sind die Fallzahlen für AfD-Wähler*innen mit und ohne BSW-Neigung vergleichsweise niedrig. Die Werte für AfD-Wähler*innen (N = 225) sollten daher mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden. Wir beschränken uns deshalb bei der Diskussion der Ergebnisse auf besonders deutliche Ausprägungen bei den AfD-Wähler*innen. Nicht belastbare und nicht interpretierte Ergebnisse werden zur besseren Lesbarkeit in grau dargestellt.

Soziodemografische Merkmale

Wir beginnen mit soziodemografischen Merkmalen. Unter SPD-Wähler*innen ist die BSW-Wahlneigung bei Befragten mit niedrigen Bildungsabschlüssen und bei Menschen mit Migrationshintergrund besonders ausgeprägt (siehe Tabelle 6). Die Zustimmung zum BSW verteilt sich gleichmäßig auf Männer und Frauen.

Unter AfD-Wähler*innen scheinen Ostdeutsche eine überdurchschnittliche BSW-Wahlneigung zu haben, auch wenn die Unterschiede zwischen Westdeutschland – inklusive Berlin – und Ostdeutschland nicht unserem Fünf-Prozent-Kriterium genügen. Würde man Westdeutschland und Berlin getrennt ausweisen, wäre der Unterschied deutlicher. Auffällig ist die deutlich höhere BSW-Wahlneigung von Frauen (39,4 Prozent), die bei der letzten Bundestagswahl die AfD wählten (siehe Tabelle 7).

Tabelle 6

Soziodemografische Merkmale von SPD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung
Gesamt		695	16,2
West/Ost	West inkl. Berlin	608	16,0
	Ost	87	17,6
Geschlecht	männlich	397	16,3
	weiblich	298	16,0
Schulbildung	Haupt- oder Volksschulabschluss	166	18,1
	Mittlere Reife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule	260	23,7
	Abitur, Fachhochschulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule EOS)	265	8,7
Alter	bis 35	90	17,4
	36 bis 50	200	14,7
	51 und älter	405	16,4
Migrationshintergrund	Migrationserfahrung	57	26,1
	keine Migrationserfahrung	638	15,2

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung



Tabelle 7

Soziodemografische Merkmale von AfD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung
Gesamt		225	21,6
West/Ost	West inkl. Berlin	163	20,3
	Ost	62	24,9
Geschlecht	männlich	158	14,5
	weiblich	67	39,4
Schulbildung	Haupt- oder Volksschulabschluss	61	24,3
	Mittlere Reife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule	108	21,8
	Abitur, Fachhochschulreife (Gymnasium oder erweiterte Oberschule EOS)	52	17,6
Alter	bis 35	32	25,8
	36 bis 50	101	18,7
	51 und älter	92	21,8
Migrationshintergrund	Migrationserfahrung	21	17,2
	keine Migrationserfahrung	204	22,1

Anmerkung: graue Schrift = Werte basieren teilweise auf sehr geringen Fallzahlen.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung



Sozioökonomische Merkmale

Als nächstes widmen wir uns den sozioökonomischen Merkmalen von SPD und AfD-Wähler*innen differenziert nach ihrer BSW-Wahlneigung. Gut erkennbar ist, dass mit sinkendem Einkommen die BSW-Wahlneigung von SPD-Wähler*innen steigt. Passend dazu erwägen Befragte ohne finanzielles Polster (24,3 Prozent) häufiger eine Wahl des BSW als Personen mit finanziellem Polster (13,6 Prozent). Die BSW-Wahlneigung von Gewerkschaftsmitgliedern, die zur Bundestagswahl 2021 SPD gewählt haben, liegt mit 24,2 Prozent über dem Schnitt aller SPD-Wähler*innen von 16,2 Prozent. Der Unterschied zu Nicht-Mitgliedern liegt jedoch unter dem Fünf-Prozent-Kriterium. Lassen wir die numerisch nur sehr schwach besetzte Kategorie der Selbstständigen außen vor, weisen Arbeiter*innen mit einigem Abstand die höchste BSW-Neigung von allen Tätigkeitsgruppen auf (29,3 Prozent) (siehe Tabelle 8).

Bei AfD-Wähler*innen sticht vor allem die hohe BSW-Wahlneigung von Gewerkschaftsmitgliedern (28,8 Prozent) im Vergleich zu Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern (19,3 Prozent) ins Auge, jedoch sollten hier die teilweise geringen Fallzahlen mitberücksichtigt werden. Auch scheinen Arbeiter*innen besonders häufig einen Wechsel von der AfD zum BSW in Betracht zu ziehen (26,6 Prozent). Die Fallzahlen in den Kategorien Beamt*innen und Selbstständige sind zu niedrig, um in die Interpretation einzufließen (siehe Tabelle 9).

Psychosoziale Merkmale

Im Folgenden vergleichen wir psychosoziale Merkmale von BSW-Sympathisant*innen unter den Wähler*innen von SPD und AfD. Diese stellen wir aufgrund der Fülle an Daten im Anhang dar (Tabellen A2 und A3). Es zeigt sich, dass je unzufriedener SPD-Wähler*innen mit ihrem Job sind, desto häufiger tendieren sie zum BSW. Eindeutig zu erkennen ist der Trend, dass SPD-Wähler*innen mit großen Sorgen und Belastungen besonders häufig eine Wahl des BSW in Betracht ziehen. Hierbei stechen die hohen Werte für eine stark belastende familiäre (32,1 Prozent) und finanzielle Situation (32,3 Prozent) ebenso hervor wie für eine äußerst belastende Gesamtsituation (33,3 Prozent). Auch bei Befragten, die von Sorgen über die berufliche Zukunft, den Lebensstandard und die eigene wirtschaftliche Situation berichten, fallen die außergewöhnlich hohen Zustimmungswerte zum BSW von rund 30 Prozent auf. Zudem sind es auch unter der SPD-Wähler*innen, wie auch schon bei BSW-Wähler*innen insgesamt (siehe Abschnitt 5.3), diejenigen Befragten, die große finanzielle Sorgen – etwa um steigende Preise, die Altersabsicherung oder um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung äußern. Bei den Themen Ausweitung des Nahostkonflikts und Klimawandel lässt sich eher kein belastbarer Zusammenhang erkennen. Bemerkenswerterweise kommt das BSW insbesondere für SPD-Wähler*innen infrage, die sich über eine Ausweitung des Ukrainekriegs wenig sorgen (siehe Tabelle A2).

Anders als bei den zuvor SPD-wählenden Befragten zeigen sich für die Gruppe der zum BSW neigenden Befragten, die zuvor AfD wählten, kaum größere Differenzen. Das Ausmaß der Sorgen und der Belastungen scheint somit unter AfD-Wähler*innen kaum einen Einfluss darauf zu haben, ob sie zum BSW neigen oder nicht. Lediglich fällt das Thema soziale Ungleichheit auf – ein Thema, das klar dem linken Spektrum zuzuordnen ist. AfD-Wähler*innen mit großen Sorgen über die Entwicklung der sozialen Ungleichheit tendieren deutlich häufiger zum BSW als AfD-Wähler*innen, die sich um das Thema kaum oder gar nicht sorgen. Im Gegensatz zu den SPD-Wähler*innen könnten insbesondere AfD-Wähler*innen zum BSW wechseln, die sich einige oder große Sorgen über eine Ausweitung des Ukrainekrieges und des Nahostkonflikts machen. Die gleiche Tendenz zeigt sich bei AfD-Wähler*innen mit einigen oder großen Sorgen über den Klimawandel (siehe Tabelle A3).

Tabelle 8

Sozioökonomische Merkmale von SPD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen in Euro	unter 1.500	85	23,6
	1.500 bis unter 2.500	240	17,4
	2.500 bis unter 3.500	178	14,4
	3.500 und mehr	130	12,6
Finanzielles Polster	Ja	542	13,6
	Nein	130	24,3
Gewerkschaftsmitgliedschaft	Ja	156	19,8
	Nein	539	15,2
Tätigkeit	Arbeiter*in	94	29,3
	Angestellte*r	523	14,6
	Beamte*r	37	7,4
	Selbstständige*r	21	25,5

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung



Tabelle 9

Sozioökonomische Merkmale von AfD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung
Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen in Euro	unter 1.500	33	30,4
	1.500 bis unter 2.500	86	16,9
	2.500 bis unter 3.500	54	27,5
	3.500 und mehr	34	13,5
Finanzielles Polster	Ja	171	21,0
	Nein	51	24,2
Gewerkschaftsmitgliedschaft	Ja	51	28,8
	Nein	174	19,3
Tätigkeit	Arbeiter*in	56	26,6
	Angestellte*r	146	19,8
	Beamte*r		
	Selbstständige*r	11	14,5

Anmerkung: graue Schrift = Werte basieren teilweise auf sehr geringen Fallzahlen.
Zellen mit N < 10 nicht ausgewiesen

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung



Vertrauen in Institutionen

Im letzten Schritt untersuchen wir den Einfluss des Vertrauens in Institutionen auf die BSW-Wahlneigung von SPD- und AfD-Wähler*innen. Es sind insbesondere diejenigen Wähler*innen der SPD mit geringem Vertrauen in Gerichte, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Bundesregierung, die öfter dazu tendieren, dem BSW die Stimme zu geben. Einen tendenziell ähnlichen Zusammenhang gibt es auch für das Vertrauen in die Polizei, da auch hier SPD-Wähler*innen mit geringerem Vertrauen häufiger zum BSW neigen. Besonders hoch ist die Differenz bei der BSW-Wahlneigung zwischen SPD-Wähler*innen mit großem und geringem Vertrauen zu den öffentlich-rechtlichen Medien und der Bundesregierung (siehe Tabelle 10).

Das BSW scheint also insbesondere für diejenigen SPD-Wähler*innen attraktiv zu sein, die sich von öffentlich-rechtlichen Medien und der (ja auch SPD geführten) Bundesregierung abgewendet haben. Bei den AfD-Wähler*innen, die insgesamt bereits mit einem sehr geringen Institutionenvertrauen auffallen, lässt sich eine vergleichsweise hohe BSW-Wahlneigung bei Personen mit großem Vertrauen in Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, feststellen (siehe Tabelle 11) – auch wenn diese Befunde aufgrund der hier erneut kleinen Fallzahlen mit Vorsicht zu betrachten sind.

Tabelle 10

Vertrauen in Institutionen von SPD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung
Arbeitgeberverbände	Großes oder sehr großes Vertrauen	97	18,7
	Mittelmäßiges Vertrauen	337	15,2
	Kein oder wenig Vertrauen	227	16,0
Bundeswehr	Großes oder sehr großes Vertrauen	278	14,3
	Mittelmäßiges Vertrauen	262	17,4
	Kein oder wenig Vertrauen	147	18,2
Gewerkschaften	Großes oder sehr großes Vertrauen	205	17,5
	Mittelmäßiges Vertrauen	301	15,4
	Kein oder wenig Vertrauen	168	17,0
Gerichte	Großes oder sehr großes Vertrauen	408	9,7
	Mittelmäßiges Vertrauen	182	22,0
	Kein oder wenig Vertrauen	102	31,7
ÖR-Medien	Großes oder sehr großes Vertrauen	260	7,1
	Mittelmäßiges Vertrauen	244	20,2
	Kein oder wenig Vertrauen	189	23,4
Polizei	Großes oder sehr großes Vertrauen	477	12,0
	Mittelmäßiges Vertrauen	163	25,5
	Kein oder wenig Vertrauen	54	21,1
Bundesregierung	Großes oder sehr großes Vertrauen	132	6,5
	Mittelmäßiges Vertrauen	249	7,4
	Kein oder wenig Vertrauen	312	27,1

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung

Das BSW spricht hier offenbar am ehesten noch diejenigen AfD-Wähler*innen an, die ein höheres Vertrauen in Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften aufweisen als es bei denjenigen AfD-Wähler*innen der Fall ist, die nicht zum BSW neigen. Bezüglich des Vertrauens in Gerichte und die Bundeswehr lassen sich keine nennenswerten Differenzen bei der BSW-Neigung unter AfD-Wähler*innen erkennen.

Da es kaum noch AfD-Wähler*innen in der Stichprobe gibt, die zumindest ein mittelmäßiges Vertrauen in die Bundesregierung und die öffentlich-rechtlichen Medien aufweisen, lassen sich hier ebenfalls keine Differenzen aufzeigen, da zum BSW-neigende AfD-Wähler*innen genau wie die nicht zum BSW-neigenden AfD-Wählerinnen fast ausschließlich kein oder nur geringes Vertrauen in diese Institutionen äußern.

Tabelle 11

Vertrauen in Institutionen von AfD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung
Arbeitgeberverbände	Großes oder sehr großes Vertrauen	22	26,1
	Mittelmäßiges Vertrauen	92	23,8
	Kein oder wenig Vertrauen	103	16,8
Bundeswehr	Großes oder sehr großes Vertrauen	40	17,1
	Mittelmäßiges Vertrauen	74	24,4
	Kein oder wenig Vertrauen	106	19,4
Gewerkschaften	Großes oder sehr großes Vertrauen	40	27,1
	Mittelmäßiges Vertrauen	78	23,1
	Kein oder wenig Vertrauen	101	16,0
Gerichte	Großes oder sehr großes Vertrauen	40	20,2
	Mittelmäßiges Vertrauen	72	25,3
	Kein oder wenig Vertrauen	110	18,4
ÖR-Medien	Großes oder sehr großes Vertrauen		
	Mittelmäßiges Vertrauen	23	14,6
	Kein oder wenig Vertrauen	193	23,2
Polizei	Großes oder sehr großes Vertrauen	79	23,9
	Mittelmäßiges Vertrauen	74	18,4
	Kein oder wenig Vertrauen	71	19,4
Bundesregierung	Großes oder sehr großes Vertrauen		
	Mittelmäßiges Vertrauen	10	9,9
	Kein oder wenig Vertrauen	213	22,4

Anmerkung: Zellen mit N < 10 nicht ausgewiesen

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung

6.3 Im Fokus: Das Umfragehoch der AfD – Das BSW als Alternative zur AfD für neue AfD-Anhänger*innen?

Seit der Bundestagswahl 2021 hat die AfD in Umfragen an Zustimmung hinzugewonnen und lag bundesweit zeitweise sogar bei über 20 Prozent in den Sonntagsfragen großer Umfrageinstitute (Hövermann 2023, S.3). Der Anstieg in der AfD-Wahlpräferenz fand 2022 und dann insbesondere auch im Jahr 2023 statt (ebd.). Entsprechend setzte sich die Untersuchung von Hövermann (2023) zum Ziel, herauszufinden, wie es zu dem Anstieg in der AfD-Wahlpräferenz seit November 2022 kam. In der Studie wird basierend auf den vorherigen Angaben zur Sonntagsfrage der Befragten zwischen AfD-Neuwähler*innen und etablierteren AfD-Wähler*innen – etwa den AfD-Stammwähler*innen unterschieden.²⁴ Die Untersuchung liefert Hinweise darauf, dass es sich bei den AfD-Neuwähler*innen um eine Gruppe handelt, die sich sozialstrukturell signifikant von den Gruppen der AfD-Stammwähler*innen und -Wiederholungswähler*innen unterscheidet, insofern als sie stärker weiblich und mit Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen und Einkommen besetzt ist.

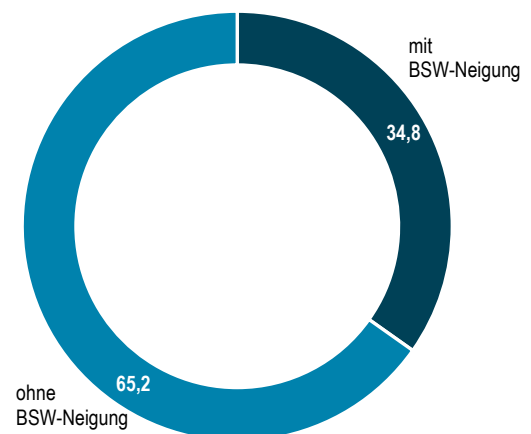
Da es sich also bei diesen Personen um eine distinkte soziale Gruppe handeln könnte, untersuchen wir im Folgenden, ob sich die neuen AfD-Anhänger*innen in ihrer BSW-Neigung von etablierteren AfD-Wähler*innengruppen unterscheiden. Für die folgenden Analysen nehmen wir eine leicht zu Hövermann (2023) abweichende Kategorisierung der AfD-Wähler*innen vor. Anders als in seiner Analyse nehmen wir nicht die Erhebungswelle des Novembers 2022 als Referenzpunkt, sondern die Bundestagswahl im Oktober 2021. Wir schauen also nicht, wer sich seit November 2022 neu als AfD-Wähler*in bezeichnet, sondern wer seit der Bundestagswahl 2021 neu die AfD als Wahlpräferenz nennt. Damit weist die von uns betrachtete Gruppe zwar große Schnittmengen mit der von Hövermann untersuchten Gruppe der AfD-Neuwähler*innen auf, ist aber nicht mit ihr identisch.

Wie bereits im vorherigen Abschnitt gilt es auch bei der Gruppe der AfD-Neuwähler*innen die eher kleinen Fallzahlen zu berücksichtigen und entsprechend vorsichtig zu interpretieren: Konkret sind es 265 Befragte in der Stichprobe mit gültiger Angabe zur BSW-Frage, die zuletzt angaben, AfD wählen zu wollen, ohne bei der Bundestagswahl 2021 AfD gewählt zu haben – das entspricht knapp 60 Prozent aller Befragten mit AfD-Wahlpräferenz. Auch aus diesem Wert wird der Anstieg der Wahlpräferenz der AfD ersichtlich, da sich die aktuelle AfD-Anhänger*innenschaft zu einem nicht unerheblichen Teil durch neu hinzugekommene Personen zusammensetzt. Im Folgenden beschränken wir uns auf die Auswertung von Ost-West sowie Geschlechterdifferenzen und damit auf diejenigen Merkmale, die schon bei den vorherigen Betrachtungen auffielen.²⁵

Abbildung 11 stellt die BSW-Wahlbereitschaft aller neuen AfD-Anhänger*innen dar. Mit 34,8 Prozent liegt die potenzielle BSW-Wahlbereitschaft dieser Gruppe nicht nur deutlich über dem Durchschnittswert aller AfD-Wähler*innen, der bei

Abbildung 11

BSW-Wahlneigung von neuen AfD-Anhänger*innen
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 265), eigene Berechnung

WSI

²⁴ AfD-Neuwähler*innen sind diejenigen, die in der Befragung im Juli 2023 das erste Mal angegeben haben, die AfD wählen zu wollen – also „diejenigen, die bei keiner der vier vorherigen Wellen [der WSI-Erwerbspersonenbefragung, Anmerkung der Autoren] angegeben haben, AfD gewählt zu haben oder wählen zu wollen“ (Hövermann 2023, S. 6). Die Gruppe der AfD-Stammwähler*innen fasst alle Befragten zusammen, „die in keiner der vier vorherigen Erhebungswellen etwas anderes als AfD als Wahlpräferenz angegeben haben“ (Hövermann, 2023, S. 6f.).

²⁵ Ergänzend zu den im Folgenden präsentierten Befunden sei bemerkt, dass die neuen AfD-Anhänger*innen auf der kulturellen Achse liberaler sind als AfD-Wähler*innen (laut Bundestagswahl 2021), die beiden Gruppen sich aber auf der ökonomischen Achse nicht voneinander unterscheiden (Zahlen nicht ausgewiesen).

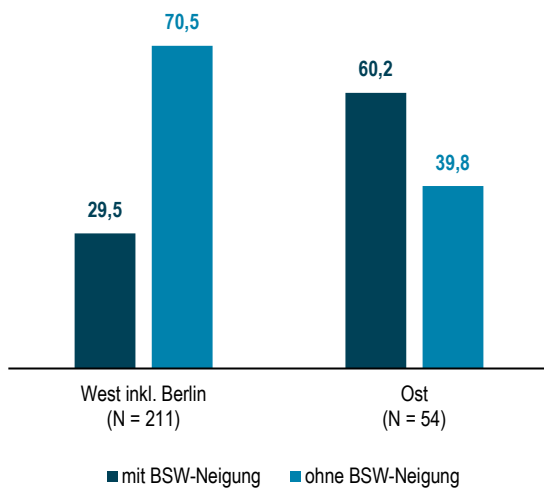
21,6 Prozent liegt, er ist darüber hinaus aber auch in seiner Höhe beachtlich, da mehr als jede und jeder Dritte zur AfD Gewechselt eine Neigung äußert, BSW wählen zu wollen.

Bereits im Abschnitt 6.2 (Tabelle 7) zeichnete sich eine höhere BSW-Wahlneigung von AfD-Wähler*innen in Ostdeutschland ab. Unterscheidet man nun nochmals die BSW-Wahlneigung unter AfD-Neuwähler*innen nach Ost und West, deutet sich hier eine deutlicher hervortretende Differenz ab: Unter den neuen AfD-Anhänger*innen in Ostdeutschland ist die BSW-Wahlneigung wesentlich höher als unter AfD-Anhänger*innen in Westdeutschland. So würden 60,2 Prozent der seit der Bundestagswahl 2021 neu hinzugekommenen ostdeutschen AfD-Anhänger*innen das BSW auf jeden Fall oder wahrscheinlich wählen (während dieser Wert bei knapp unter 30 Prozent bei westdeutschen AfD-Anhänger*innen liegt). Trotz der vergleichsweise geringen Fallzahlen ist dies aus unserer Sicht ein eindeutiger Trend (siehe Abbildung 12).

Abbildung 13 bestätigt einen weiteren Trend, den wir bereits im vorherigen Abschnitt beobachten konnten: Auch unter den seit der Bundestagswahl neu hinzugekommen AfD-Anhänger*innen ist die BSW-Wahlneigung unter Frauen (43,4 Prozent) höher als unter Männern (31,3 Prozent).

Abbildung 12

BSW-Wahlneigung von neuen AfD-Anhänger*innen nach Ost und West
Angaben in Prozent

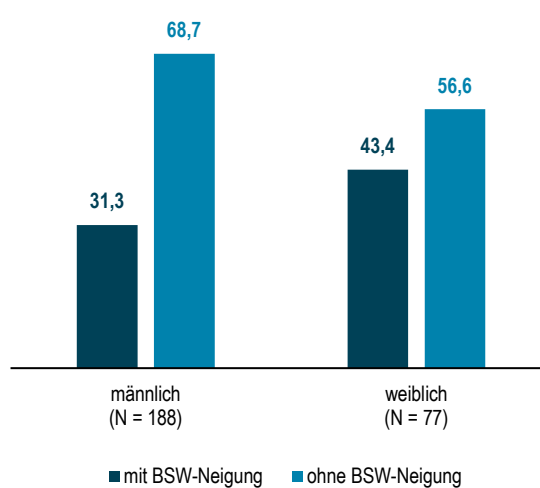


Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 265), eigene Berechnung



Abbildung 13

BSW-Wahlneigung von neuen AfD-Anhänger*innen nach Geschlecht
Angaben in Prozent



Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12 (N = 265), eigene Berechnung



7 FAZIT

In diesem Report sind wir auf Grundlage der WSI-Erwerbspersonenbefragung der Frage nachgegangen, für welche Personen das neugegründete Bündnis Sahra Wagenknecht eine Wahl-Alternative darstellt. Es ist darauf hinzuweisen, dass die vorliegende Untersuchung auf eine deskriptive Auswertung der Daten beschränkt ist. Um die hier herausgearbeiteten Befunde weiter zu validieren, Effektstärken zu berechnen und kausale Zusammenhänge zwischen den Faktoren zu etablieren, sind weitere empirische Untersuchungen mit höher auflösenden methodischen Verfahren notwendig.

Nichtsdestotrotz liefert auch die hier vorgelegte deskriptive Analyse interessante Erkenntnisse darüber, welche Personengruppen eine Wahl des BSW in Erwägung ziehen. Wir haben auf Basis einer Analyse des politischen Angebots und der politischen Nachfrage in Deutschland aufgezeigt, dass das BSW eine bisher vakante Position im deutschen Parteiensystem besetzen könnte. Dadurch könnte das BSW für Personen mit links-konservativen Präferenzen interessant werden, die bisher mangels eines passenden Angebots andere Parteien – nicht zuletzt die AfD – gewählt haben. Dieser Befund steht im Einklang mit Ergebnissen aus anderen politikwissenschaftlichen Untersuchungen.

Im Anschluss konnten wir anhand der Daten zeigen, dass das BSW tatsächlich von vielen AfD-Wähler*innen als eine politische Alternative in Erwägung gezogen wird. Noch größer ist die BSW-Wahlneigung bei den Wähler*innen der LINKE – der Vorgängerpartei der Parteigründerin und Namensgeberin Sahra Wagenknecht. Den zahlenmäßig größten Teil der BSW-Sympathisant*innen stellen jedoch Befragte, die bei der letzten Bundestagswahl noch die SPD wählten.

Im nächsten Schritt haben wir untersucht, ob BSW-Sympathisant*innen distinkte soziodemografische, sozioökonomische und psychosoziale Merkmale aufweisen. Auffällig ist, dass sich Befragte aus Ostdeutschland, Personen ohne Abitur und Menschen mit Migrationshintergrund besonders häufig für das BSW entscheiden würden. Zwischen Männern und Frauen scheint es keine deutlichen Unterschiede zu geben. Arbeiter*innen äußern besonders häufig eine BSW-Wahlabsicht. Ebenso haben wir festgestellt, dass ein niedriges Einkommen, das Fehlen finanzieller Rücklagen, hohe Belastungen und wirtschaftliche Sorgen sowie ein mangelndes Vertrauen in Institutionen (insbesondere in öffentlich-rechtliche Medien und die Bundesregierung) mit einer erhöhten BSW-Wahlneigung in Zusammenhang stehen. Für Befragte, die sich um den Klimawandel sorgen, ist das BSW hingegen weniger interessant. Es sind also vor allem ökonomisch schwächere Personen, die die wirtschaftliche Unsicherheit belastet und besorgt in die Zukunft schauen lässt und die – möglicherweise auch als Folge ihrer Sorgen und Belastungen – Institu-

tionen misstrauisch beäugen, die sich dem BSW zuwenden könnten.

Die erwähnten Charakteristika der BSW-Sympathisant*innen weisen einige Gemeinsamkeiten, aber auch einige Unterschiede mit AfD-Anhänger*innen auf. Parallelen bestehen bei dem ostdeutschen Wohnort, dem eher geringen Bildungsstand, dem eher niedrigen Einkommen, den hohen Belastungen und Sorgen, dem niedrigen Vertrauen in Institutionen und der überdurchschnittlich hohen Repräsentation von Arbeiter*innen. Zu den Unterschieden zählt, dass die BSW-Wahlneigung in den Kategorien Alter und Geschlecht ausgeglichen ist. Darüber hinaus weisen Befragte mit Migrationshintergrund eine überproportional hohe BSW-Wahlneigung auf. Außerdem sind BSW-Sympathisant*innen in ökonomischer Hinsicht linker und gesellschaftspolitisch liberaler eingestellt als AfD-nahe Befragte.

Schließlich haben wir BSW-Sympathisant*innen und -Nicht-Sympathisant*innen getrennt nach Herkunftspartei miteinander verglichen. Dabei haben wir uns auf die Wähler*innen von SPD und AfD konzentriert. Die Befunde lassen darauf schließen, dass SPD-Wähler*innen, die sich im ökonomischen System in benachteiligten Positionen befinden, aus der Arbeiterschicht kommen, von großen Sorgen und Belastungen bezüglich ihrer wirtschaftlichen Existenz berichten und/oder sich von öffentlich-rechtlichen Medien sowie der Bundesregierung entfremdet haben, besonders oft zum BSW tendieren. SPD-Wähler*innen, die finanziell besser gestellt, weniger belastet und besorgt sind oder die den öffentlich-rechtlichen Medien und der Regierung großes Vertrauen entgegenbringen, schließen dahingegen häufig eine Wahl des BSW aus. Überdies sind BSW-Sympathisant*innen im Vergleich zu BSW-Nicht-Sympathisant*innen unter SPD-Wähler*innen kulturell konservativer eingestellt, unterscheiden sich aber kaum hinsichtlich ihrer ökonomischen Präferenzen. Während man die Gründung der WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative, später Verschmelzung mit der PDS zu DIE LINKE) 2004/2005 als Spaltung des SPD-Lagers entlang der ökonomischen Dimension interpretieren könnte, deutet sich hier an, dass das BSW eher als eine Spaltung des SPD-Lagers entlang der kulturellen Dimension verstanden werden kann. Diesen Befunden zufolge könnte das BSW bei zukünftigen Wahlen der SPD Teile ihrer Wählerschaft abspenstig machen, die eigentlich zur klassischen Klientel der SPD gehören.

AfD-Wähler*innen mit BSW-Neigung sind im Schnitt ökonomisch linker und kulturell liberaler als AfD-Wähler*innen, die das BSW nicht wählen wollen. Zudem scheinen vorherige AfD-Wähler*innen, die sich eine Wahl des BSW vorstellen könnten, im Großen und Ganzen etwas weniger misstrauisch auf Institutionen zu blicken als AfD-Wähler*innen

ohne BSW-Neigung. Auch würden sich unseren Daten zufolge weibliche AfD-Wählerinnen überdurchschnittlich oft für das BSW entscheiden. Unsere Befunde weisen ferner darauf hin, dass das BSW der AfD vor allem in Ostdeutschland Wähler*innen abwerben könnte. Unsere gesonderte Auswertung der Befragten, die bei der Bundestagswahl nicht die AfD wählten, aber zuletzt eine AfD-Wahlpräferenz äußerten, zeigt einige Besonderheiten dieser Gruppe der neuen AfD-Anhänger*innen auf. Diese haben eine nochmal wesentlich höhere BSW-Wahlbereitschaft als diejenigen, die bei der letzten Bundestagswahl die AfD wählten. Dies gilt in besonderem Maße für Frauen und Ostdeutsche. Unsere Befunde deuten also darauf hin, dass das BSW der AfD gerade in ihren Hochburgen in Ostdeutschland Konkurrenz machen könnte und ihnen hier vor allem die neu Hinzugekommenen und die Frauen in ihrer Wählerschaft streitig machen könnte.²⁶

Zum Abschluss wollen wir einen Aspekt hervorheben, der, nach allem, was wir wissen, mitverantwortlich dafür ist, dass sich Wähler*innen von etablierten Parteien abwenden: ökonomische Benachteiligung. Die Gründung des Bündnis Sahra Wagenknecht ist Teil der massiven Umwälzungen der Parteienlandschaften, die sich in den letzten Jahren überall in Europa vollzogen haben, nicht zuletzt auch in Deutschland. Unsere Befunde bestätigen die Ergebnisse früherer Auswertungen der WSI-Erwerbspersonenbefragung (Hövermann 2023), aber auch anderer, international vergleichender Untersuchungen (Bornschier/Kriesi 2012; Kriesi et al. 2006; Kriesi 2010): Irgendwann entfremden sich die Verlierer*innen des Wirtschaftssystems von den etablierten Parteien und wenden sich Herausforderparteien zu, die versprechen, ihre Situation endlich zu verbessern. Es ist zu vermuten, dass dieser Mechanismus mit den Veränderungen der europäischen Parteiensysteme im Zusammenhang steht.

²⁶ Eine höhere BSW-Wahlneigung von AfD-nahen Befragten aus Ostdeutschland lässt sich auch feststellen, wenn wir zur Ermittlung der Herkunftspartei die Sonntagsfrage einer späteren Befragung – in diesem Fall aus Welle 12 heranziehen (Daten hier nicht gezeigt). Somit scheint uns dieser Trend robust zu sein.

- Baumann, H. (2018):** Datenqualität in CATI-Befragungen. Nonresponse, Nonresponse Bias und Befragtenverhalten im WSI-Betriebsrätepanel 2015-2016 und im DGB-Index «Gute Arbeit» 2013, Bochum
- Berman, S. (2021):** The Causes of Populism in the West, in: *Annual Review of Political Science* 24 (1), S. 71–88
- Berman, S./Snegovaya, M. (2019):** Populism and the Decline of Social Democracy, in: *Journal of Democracy* 30 (3), S. 5–19
- Bornschieer, S./Kriesi, H. (2012):** The populist right, the working class, and the changing face of class politics, in: J. Rygren (Hrsg.): *Class Politics and the Radical Right*, London, S. 26–48
- Ford, R./Jennings, W. (2020):** The Changing Cleavage Politics of Western Europe, in: *Annual Review of Political Science* 23 (1), S. 295–314
- Goerres, A./Spies, D. C./Kumlin, S. (2018):** The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany, in: *Swiss Political Science Review* 24 (3), S. 246–269
- Golder, M. (2016):** Far Right Parties in Europe, in: *Annual Review of Political Science* 19 (1), S. 477–497
- Hillen, S./Steiner, N. D. (2020):** The consequences of supply gaps in two-dimensional policy spaces for voter turnout and political support: The case of economically left-wing and culturally right-wing citizens in Western Europe, in: *European Journal of Political Research* 59 (2), S. 331–353
- Hix, S./Noury, A./Roland, G. (2019):** Changing Political Cleavages in Advanced Democracies: Evidence from the European Parliament, London
- Hix, S./Whitaker, R./Zapryanova, G. (2023):** The political space in the European parliament: Measuring MEPs' preferences amid the rise of Euroscepticism
- Hooghe, L./Marks, G. (2018):** Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage, in: *Journal of European Public Policy* 25 (1), S. 109–135
- Hövermann, A. (2023):** Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, Düsseldorf
- Jolly, S./Bakker, R./Hooghe, L./Marks, G./Polk, J./Rovny, J./Steenbergen, M./Vachudova, M. A. (2022):** Chapel Hill Expert Survey trend file, 1999–2019, in: *Electoral Studies* 75, S. 102420
- Kitschelt, H. (1994):** The Transformation of European Social Democracy, Cambridge
- Kriesi, H. (2010):** Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values, in: *West European Politics* 33 (3), S. 673–685
- Kriesi, H./Grande, E./Lachat, R./Dolezal, M./Bornschieer, S./Frey, T. (2006):** Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared, in: *European Journal of Political Research* 45 (6), S. 921–956
- Lefkofridi, Z./Wagner, M./Willmann, J. E. (2014):** Left-Authoritarians and Policy Representation in Western Europe: Electoral Choice across Ideological Dimensions, in: *West European Politics* 37 (1), S. 65–90
- Merkel, W. (2017):** Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: P. Harfst/I. Kubbe/T. Poguntke (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden, S. 9–23
- Mudde, C./Rovira Kaltwasser, C. (2019):** Populismus: Eine sehr kurze Einführung, Bonn
- Oesch, D. (2008):** Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland, in: *International Political Science Review* 29 (3), S. 349–373
- Oesch, D./Rennwald, L. (2018):** Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right, in: *European Journal of Political Research* 57 (4), S. 783–807
- Pfister, M. (2021):** Gewichtungsreport Böckler Stiftung Erwerbssituation Corona, Berlin
- Sartorius, O./Scholz, C. (2021):** Corona und Erwerbssituation Welle 5, Methodenbericht, Juli 2021, Studie von Kantar Public im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin
- Sartorius, O./Spengler, T. (2022):** WSI-Erwerbspersonenbefragung, Welle 9, Methodenbericht, Dezember 2022, Studie von Kantar Public im Auftrag des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin
- Spies, D. (2013):** Explaining working-class support for extreme right parties: A party competition approach, in: *Acta Politica* 48 (3), S. 296–325
- Spies, D./Franzmann, S. T. (2011):** A Two-Dimensional Approach to the Political Opportunity Structure of Extreme Right Parties in Western Europe, in: *West European Politics* 34 (5), S. 1044–1069
- Treib, O. (2021):** Euroscepticism is here to stay: what cleavage theory can teach us about the 2019 European Parliament elections, in: *Journal of European Public Policy* 28 (2), S. 174–189
- Vries, C. E. de/Hobolt, S. B. (2020):** Political Entrepreneurs
- Wagner, A. (2023):** Lechts oder rinks? Das Bündnis Sahra Wagenknecht im Parteienwettbewerb, Bonn
- Wagner, S. (2022):** Euroscepticism as a radical left party strategy for success, in: *Party Politics* 28 (6), S. 1069–1080
- Wagner, S./Wurthmann, L. C./Thomeczek, J. P. (2023):** Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape, in: *Politische Vierteljahresschrift* 64 (3), S. 621–636
- Wurthmann, L. C./Gerrits, L. (2024):** Das Parteiensystem hat Platz für die Wagenknecht-Partei, in: *politik & kommunikation* (Nr. 146), o. A.

Tabelle A1

Psychosoziale Merkmale von BSW-Sympathisant*innen

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung	
Zufriedenheit mit dem Job	Gar nicht zufrieden	130	20,3	
	Weniger zufrieden	605	15,7	
	Zufrieden	2.150	14,8	
	Sehr zufrieden	1.032	15,0	
Belastungen	Arbeitssituation	Äußerst oder stark belastend	832	17,9
		Etwas belastend	1.296	14,9
		Kaum oder gar nicht belastend	1.787	14,0
	familiäre Situation	Äußerst oder stark belastend	444	20,4
		Etwas belastend	876	16,6
		Kaum oder gar nicht belastend	2.649	13,5
	finanzielle Situation	Äußerst oder stark belastend	910	23,7
		Etwas belastend	1.280	15,3
		Kaum oder gar nicht belastend	1.799	9,7
	Gesamtsituation	Äußerst oder stark belastend	837	22,1
		Etwas belastend	1.675	13,9
		Kaum oder gar nicht belastend	1.474	11,6
Sorgen	Altersabsicherung	Große Sorgen	1.447	19,9
		Einige Sorgen	1.656	11,8
		Keine Sorgen	894	11,9
	Arbeitsplatz	Große Sorgen	328	21,9
		Einige Sorgen	1.144	18,5
		Keine Sorgen	2.525	12,3
	Berufliche Zukunft	Große Sorgen	439	22,2
		Einige Sorgen	1.354	16,7
		Keine Sorgen	2.204	12,2
	Zusammenhalt der Gesellschaft	Große Sorgen	2.102	17,7
		Einige Sorgen	1.682	11,5
		Keine Sorgen	213	15,1
	Klimawandel	Große Sorgen	1.237	11,3
		Einige Sorgen	1.854	14,8
		Keine Sorgen	906	20,3
	Lebensstandard	Große Sorgen	1.019	23,3
		Einige Sorgen	1.874	13,5
		Keine Sorgen	1.104	8,8
	Ausweitung Nahostkonflikt	Große Sorgen	1.403	18,3
		Einige Sorgen	1.982	12,3
		Keine Sorgen	612	16,3

Psychosoziale Merkmale von BSW-Sympathisant*innen

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung
Sorgen	Steigende Preise	Große Sorgen	21,1
		Einige Sorgen	10,8
		Keine Sorgen	4,3
	Ausweitung Ukrainekrieg	Große Sorgen	17,0
		Einige Sorgen	12,3
		Keine Sorgen	18,6
	soziale Ungleichheit	Große Sorgen	19,0
		Einige Sorgen	11,0
		Keine Sorgen	11,2
	eigene wirtschaftliche Situation	Große Sorgen	22,9
		Einige Sorgen	15,1
		Keine Sorgen	8,3
	allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	Große Sorgen	19,9
		Einige Sorgen	11,0
		Keine Sorgen	8,4

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Welle 12, eigene Berechnung

Tabelle A2

Psychosoziale Merkmale von SPD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung	
Zufriedenheit mit dem Job	Gar nicht zufrieden	27	23,5	
	Weniger zufrieden	99	19,3	
	Zufrieden	368	15,6	
	Sehr zufrieden	181	15,1	
Belastungen	Arbeitssituation	Äußerst oder stark belastend	127	23,1
		Etwas belastend	221	16,7
		Kaum oder gar nicht belastend	326	13,3
	familiäre Situation	Äußerst oder stark belastend	73	32,1
		Etwas belastend	148	15,1
		Kaum oder gar nicht belastend	471	13,8
	finanzielle Situation	Äußerst oder stark belastend	143	32,3
		Etwas belastend	234	15,8
		Kaum oder gar nicht belastend	317	8,6
	Gesamtsituation	Äußerst oder stark belastend	129	33,3
		Etwas belastend	306	14,5
		Kaum oder gar nicht belastend	259	9,1
Sorgen	Altersabsicherung	Große Sorgen	250	24,0
		Einige Sorgen	284	11,6
		Keine Sorgen	161	11,8
	Arbeitsplatz	Große Sorgen	59	21,9
		Einige Sorgen	177	22,9
		Keine Sorgen	459	12,8
	Berufliche Zukunft	Große Sorgen	73	33,2
		Einige Sorgen	223	17,0
		Keine Sorgen	399	12,0
	Zusammenhalt der Gesellschaft	Große Sorgen	351	20,7
		Einige Sorgen	318	11,6
		Keine Sorgen	26	10,7
	Klimawandel	Große Sorgen	228	14,6
		Einige Sorgen	358	16,8
		Keine Sorgen	109	17,3
	Lebensstandard	Große Sorgen	175	29,0
		Einige Sorgen	345	12,5
		Keine Sorgen	175	9,2
	Ausweitung Nahostkonflikt	Große Sorgen	271	16,6
		Einige Sorgen	343	14,9
		Keine Sorgen	81	19,5
	Steigende Preise	Große Sorgen	310	23,2
		Einige Sorgen	329	11,2
		Keine Sorgen	56	5,5

Psychosoziale Merkmale von SPD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung	
Sorgen	Ausweitung Ukrainekrieg	Große Sorgen	259	14,2
		Einige Sorgen	352	15,1
		Keine Sorgen	84	26,0
	soziale Ungleichheit	Große Sorgen	353	20,2
		Einige Sorgen	311	11,8
		Keine Sorgen	31	14,1
	eigene wirtschaftliche Situation	Große Sorgen	135	33,8
		Einige Sorgen	364	13,9
		Keine Sorgen	196	7,3
	allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	Große Sorgen	278	23,3
		Einige Sorgen	380	11,0
		Keine Sorgen	37	14,0

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung



Tabelle A3

Psychosoziale Merkmale von AfD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung
Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung	
Zufriedenheit mit dem Job	Gar nicht zufrieden	11	24,3	
	Weniger zufrieden	42	25,7	
	Zufrieden	37	24,5	
	Sehr zufrieden	130	20,4	
Belastungen	Arbeitssituation	Äußerst oder stark belastend	63	18,4
		Etwas belastend	54	31,2
		Kaum oder gar nicht belastend	103	20,3
	familiäre Situation	Äußerst oder stark belastend	36	22,8
		Etwas belastend	42	21,0
		Kaum oder gar nicht belastend	145	21,0
	finanzielle Situation	Äußerst oder stark belastend	82	23,3
		Etwas belastend	70	26,1
		Kaum oder gar nicht belastend	73	13,1
	Gesamtsituation	Äußerst oder stark belastend	82	22,0
		Etwas belastend	88	22,0
		Kaum oder gar nicht belastend	55	19,6
Sorgen	Altersabsicherung	Große Sorgen	121	25,3
		Einige Sorgen	74	14,6
		Keine Sorgen	30	22,5
	Arbeitsplatz	Große Sorgen	30	7,3
		Einige Sorgen	74	23,1
		Keine Sorgen	121	24,4
	Berufliche Zukunft	Große Sorgen	36	22,0
		Einige Sorgen	85	19,6
		Keine Sorgen	104	23,0
	Zusammenhalt der Gesellschaft	Große Sorgen	143	25,6
		Einige Sorgen	68	12,4
		Keine Sorgen	14	26,1
	Klimawandel	Große Sorgen	16	28,8
		Einige Sorgen	82	28,7
		Keine Sorgen	127	16,0
	Lebensstandard	Große Sorgen	99	19,0
		Einige Sorgen	98	26,8
		Keine Sorgen	28	12,8
	Ausweitung Nahostkonflikt	Große Sorgen	74	22,6
		Einige Sorgen	82	24,7
		Keine Sorgen	69	17,0
	Steigende Preise	Große Sorgen	154	21,2
		Einige Sorgen	64	25,6
		Keine Sorgen		

Psychosoziale Merkmale von AfD-Wähler*innen nach BSW-Wahlneigung

Angaben in Prozent

		N	Mit BSW-Neigung	
Sorgen	Ausweitung Ukrainekrieg	Große Sorgen	70	26,2
		Einige Sorgen	89	26,0
		Keine Sorgen	66	11,4
	soziale Ungleichheit	Große Sorgen	149	25,8
		Einige Sorgen	49	18,9
		Keine Sorgen	27	5,4
	eigene wirtschaftliche Situation	Große Sorgen	79	21,7
		Einige Sorgen	105	26,4
		Keine Sorgen	41	8,5
	allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	Große Sorgen	173	22,3
		Einige Sorgen	48	21,0
		Keine Sorgen		

Anmerkungen: graue Schrift = Werte basieren teilweise auf sehr geringen Fallzahlen.
Zellen mit N < 10 nicht ausgewiesen.

Quelle: WSI-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 6 und 12, eigene Berechnung

WSI

IMPRESSUM

Ausgabe

WSI Report Nr. 94, Juni 2024

Wer wählt Bündnis Sahra Wagenknecht?

ISSN 2366-7079

Herausgeber

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Telefon +49 (2 11) 77 78-18 7

<http://www.wsi.de>

Pressekontakt

Rainer Jung, +49 (2 11) 77 78-15 0

rainer-jung@boeckler.de

Satz: Daniela Groß

Kontakt

PD Dr. Daniel Seikel

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Telefon +49 (2 11) 77 78-632

daniel-seikel@boeckler.de

www.wsi.de

Dieses Werk ist lizenziert unter der

Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International

(<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>)